

Landesinfo Baden-Württemberg



LINKE-Landesparteitag

Vorbereitung

Landtagswahl s. 3

Thüringen #R2G

Wir gratulieren

Bodo Ramelow s. 4

Streikrecht

**Keine Einheit bei
der Tarifeinheit** s. 7

Mannheim/Freiburg

Gemeinderäte

gegen TTIP s. 13

Fraktion vor Ort

**Gesundheitskonferenz
in Stuttgart** s. 16

Parteitag dokumentiert

Reden und

Beschlüsse s. 13

Inhalt

Die Linke Baden-Württemberg gratuliert Bodo Ramelow	4
Nein zum Hass! Endlich aufstehen!	6
Keine Einheit bei der Tarifeinheit	7
Mannheim und Freiburg: Gemeinderäte gegen TTIP	8
Gesundheitskonferenz in Stuttgart	9
Regionalversammlung Stuttgart: Haushaltsrede die LINKE	10
Notwohnen in Tübingen	11
Friedenspolitischer Ratschlag 2014	12
Reden und Beschlüsse des Landesparteitags	13

Das nächste Landesinfo erscheint im Februar 2015

Redaktionsschluss für das Landesinfo 1/2015 ist der 26. Januar 2015.

Bezug: Das Landesinfo ist das Informationsorgan der Partei DIE LINKE. Baden-Württemberg. Es erscheint vier- bis fünfmal im Jahr. Der Bezug des Landesinfo ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Beilagenhinweis: „Klar“, Zeitung der Bundestagsfraktion DIE LINKE

Herausgeber und Verlag: DIE LINKE. Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel. 0711-241045, Fax 0711-241046, e-mail: info@die-linke-bw.de

Redaktion: Alfred Küstler, Dirk Spöri, Bernhard Strasdeit (verantw.), Walter Kubach und Matthias Paykowski. Für Antragsmaterialien, Mitteilungen, Protokolle und Adressen ist der Landesvorstand verantwortlich. Inhaltliche Beiträge, LeserInnenbriefe, Stellungnahmen usw. sind herzlich willkommen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

Herstellung: GNN Verlagsgesellschaft, e-mail: alfred.kuestler@gnn-verlage.com

Druck: Kössinger AG, 84069 Schierling

Spendenaufruf für den Landtagswahlkampf 2015/2016

Der Landesparteitag hat am 6. Dezember beschlossen, dass DIE LINKE Baden-Württemberg sich an den Landtagswahlen 2016 beteiligen wird mit dem Ziel, die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen und in den Landtag einzuziehen.

DIE LINKE fehlt im Landtag Baden-Württemberg. Das ist eine Erfahrung, die viele gemacht haben, die von den nicht eingehaltenen Wahlversprechen von Grünen und SPD enttäuscht sind.

Veränderung beginnt mit Opposition – mit diesem bewährten Grundsatz kann DIE LINKE deutlich machen, dass es nicht allein auf Regierungskonstellationen ankommt, sondern auch darauf, dass soziale Interessen im Landtag nicht unter den Tisch fallen und dass antifaschistische und Antikriegskräfte zu Wort kommen und auch gehört werden. Unser Einzug in den Landtag würde auch dazu führen, dass sich die herrschenden Parteien im einen oder anderen wichtigen Punkt nach links bewegen müssen. So wie sie es im Bundestag auch machen mussten. Ohne uns gäbe es z.B. keinen Mindestlohn.

Der Landesvorstand hat deshalb beschlossen, bereits jetzt einen Wahlkampfonds für den Landtagswahlkampf einzurichten und bereits jetzt mit der Spendensammlung zu beginnen.

Wir bitten deshalb zum Jahresende alle Mitglieder und alle, die die Partei

DIE LINKE unterstützen:

Spendet für den Landtagswahlkampf 2015/2016 in Baden-Württemberg!

Spenden sind auch aufgabenbezogen für den Wahlantritt des eigenen Kreisverbandes möglich.

Zudem bitten wir alle Mitglieder: Prüft, ob Ihr Euren Monatsbeitrag anheben könnt. Schon ein Euro im Durchschnitt im Monat mehr trägt dazu bei, wichtige Mittel für die Präsenz und die Politik im Land zu sichern, wie die Regionalbüros oder die Kampagnenzeitung „Kurswechsel“.

Bis zu den Landtagswahlen wollen wir das Ziel: „10 Euro Beitrag monatlich im Landesdurchschnitt – solidarisch“ erreichen. Wir wissen, nicht alle Mitglieder können 10 Euro Monatsbeitrag zahlen. Aber manche können vielleicht etwas mehr zahlen als bisher – solidarisch.

Wir wünschen allen Mitgliedern und allen Freundinnen und Freunden der LINKEN in Baden-Württemberg erholsame Feiertage und ein glückliches und erfolgreiches Jahre 2015.

Geschäftsführender Landesvorstand

Christoph Cornides, Sahra Mirow, Barbara Rochlitzer, Heidi Scharf, Dirk Spöri, Bernhard Strasdeit

Bankverbindung:

DIE LINKE Baden-Württemberg, Postbank Stuttgart
IBAN: DE58 6001 0070 0289 5827 00, BIC: PBNKDEFFXXX
(BLZ: 600 100 70, Konto: 289 5827 00)



LINKE-Parteivorsitzender Bernd Rixinger mit baden-württembergischen Bundestagsabgeordneten: Karin Binder, Heike Hänsel, Annette Groth und Richard Pitterle

Die Linke Baden-Württemberg: Landesparteitag am 6./ 7. Dezember und die Landtagswahl 2016

Auseinandersetzung mit der Regierungspolitik von Grün/Rot

Die Redebeiträge der Sprecherin des Landesvorstandes, Heidi Scharf, vom Parteivorsitzenden Bernd Rixinger, der am zweiten Tag als Gast sprach, der Tätigkeitsbericht des Landesvorstandes und das ausführliche Grußwort des DGB-Landesvorsitzenden Baden-Württemberg, Nikolaus Landgraf, lenkten die Diskussion auf das Hauptthema des Landesparteitages: die Auseinandersetzung mit der Situation im Land; mit der Regierungspolitik von Grün/Rot und der Landtagswahl 2016.

Dazu fanden am Samstagnachmittag vier Foren auch mit Vertretern/innen der Gewerkschaften und von Verbänden statt mit den Themen: „Gegen Armut in einem reichen Bundesland“, „Bildung ohne Auslese“, „Regionalverkehr und Energiewende“, „Wohnen und bezahlbare Mieten“. Das Forum „Hilfe für Flüchtlinge in Baden-Württemberg“ wird in einer gesonderten Veranstaltung nachgeholt, da die Vertreterin des Flüchtlingsrates kurzfristig verhindert war.

Nach ausführlicher Beratung und mit zahlreichen Ergänzungen wurde nahezu einstimmig mit wenigen Enthaltungen eine Resolution „Nein zu Armut in einem reichen Land“ verabschiedet und die Beteiligung an der Landtagswahl im Frühjahr 2016 beschlossen mit dem Ziel, die Fünf-Prozent-Hürde zu überschreiten und ab 2016 im Landtag vertreten zu sein.

Unter den Schwerpunkten: „Gegen Armut und soziale Ausgrenzung“,

für „Bildungsgerechtigkeit“, „für eine neue demokratische Kultur in Baden-Württemberg“, „Flüchtlinge sind willkommen – für Integration und gleiche Rechte“, „gemeinsam gegen Rechts“, „mehr Verkehr auf die Schiene – für eine sozial-ökologische Energiewende“, „Investitionsstau (in öffentliche Einrichtungen) beenden“ werden Positionen und Forderungen zur Landespolitik entwickelt.

Die Resolution stellt dem Landesverband die Aufgabe, das Programm zur Landtagswahl unter vier Zielpunkten zu entwickeln: „soziale Mindeststandards“, unter denen niemand genötigt sein darf zu leben und zu arbeiten; Sicherstellung der Versorgung mit öffentlichen Gütern wie Gesundheitsversorgung, Bildung und Ausbildung, sozialer Wohnungsbau, Mobilität; gleiche Rechte und selbstbestimmtes Leben für alle und „gleichwertige Lebensverhältnisse in den Städten und auf dem Land und in allen Regionen“.

Realistische Beurteilung der Chancen – Parteaufbau im ganzen Land

Bekanntlich war das schlechte Abschneiden der LINKEN mit 2,8 Prozent bei der Landtagswahl 2011 der Anfang der Kette von Misserfolgen und Verlusten der LINKEN im Westen bei Landtagswahlen. Die Resolution des Landesparteitages nimmt deshalb ausdrücklich Bezug auf die Tatsache, dass es auch in Baden-Württemberg inzwischen in Ansätzen gelungen ist, mit konkreter linker

Politik vor Ort die Zahl der Mandate in Gemeinden und Kreistagen auf 115 zu verdoppeln, und dass linke Politik auch in Wahlen Unterstützung findet. Das bedeutet aber auch, dass nur mit der Ausweitung der Präsenz und der Politik in ländlich geprägten Gebieten, in denen DIE LINKE heute kaum vertreten ist, eine Überschreitung der Fünf-Prozent-Hürde realistische Aussichten auf Erfolg hat.

Wenn die Ergebnisse der Kommunal- und Europawahlen 2014 und die derzeitigen Wahlumfragen DIE LINKE im Landesdurchschnitt etwa bei 3,5 bis 4 Prozent sehen, dann erfordert ein Gewinn an Zustimmung um rund zwei Prozentpunkte im Landesdurchschnitt also an drei Ansatzpunkten die Politik zielstrebig und planmäßig weiterzuentwickeln: Weiterentwicklung der Politik, wo die Linke mit Mandaten vertreten ist, Ausweitung der Präsenz und der beginnenden Einmischung in die Politik, wo sie bisher kaum vertreten ist, und Entwicklung thematischer Präsenz auf Landesebene.

Der Landesparteitag fasste über die Beschäftigung mit dem Hauptthema hinaus noch verschiedene Entschlüsse zu aktuellen Fragen, darunter zur Aufhebung des PKK-Verbots. Zur Begründung der Forderung sprachen Göky Akbulut (Gemeinderätin in Mannheim und Mitglied des Landesvorstandes) und in einem ausführlichen Grußwort ein Vertreter der Kurdischen Vereine NAVDEM (ehem. YEK-KOM). Tobias Pflüger (stellvertretender Parteivorsitzender aus Baden-Württemberg) hielt ein Referat zur Antikriegspolitik.

Nachwahlen zum Landesvorstand

Aufgrund von drei Wegzügen bzw. Rücktritten waren weibliche Plätze im Landesvorstand nach zu wählen. Auf den freigewordenen Sitz im geschäftsführenden Landesvorstand wurde **Barbara Rochlitzer** (KV Stuttgart) nachgewählt. Barbara war bisher bereits Mitglied im Landesvorstand. Neu in den Landesvorstand wurden nachgewählt: **Selin Gören** (KV Mannheim, Geschäftsführerin der Linksjugend); **Biggi Ostmeyer** (Kreisrätin aus Böblingen) und **Ursel Prandhoff** (KV Heidelberg, LAG Betrieb und Gewerkschaft).

Christoph Cornides / Bernhard Strasdeit

(Die landespolitische Resolution sowie alle anderen Beschlüsse des Landesparteitages sind in diesem Heft dokumentiert)



Neugewählt im Landesvorstand: Biggi Ostmeyer, Barbara Rochlitzer (geschäftsführender Vorstand), Ursel Prandhoff und Selin Gören

DIE LINKE Baden-Württemberg gratuliert Bodo Ramelow

Viel Erfolg !! wünscht DIE LINKE Bodo Ramelow und der neuen Landesregierung in Thüringen

Einen herzlichen Glückwunsch zur Ministerpräsidentenwahl in Thüringen schickte DIE LINKE Baden-Württemberg am 5. Dezember an Bodo Ramelow.

Bernhard Strasdeit, Landesgeschäftsführer der LINKEN: „Das gibt uns Rückenwind für mehr linke Politik auch in Baden-Württemberg. Wir setzen uns auf dem Landesparteitag am Wochenende das Ziel, 2016 in den Landtag einzuziehen. Übrigens: Die SPD in Thüringen hat bei den dortigen Koalitionsverhandlungen eine Forderung durchgebracht, die sie hier im Land im letzten Wahlkampf zwar auf Großpla-



kate schrieb aber in den Verhandlungen mit Winfried Kretschmann und den Grünen fallenlassen musste: ein gebührenfreies Kitajahr. Und: auch in Baden-Württemberg muss Schluss gemacht werden mit dem V-Leute-Unwesen des Verfassungsschutzes. Thüringen macht vor dem Hintergrund der rassistischen NSU-Morde den Anlauf zu einer Verfassungsschutzreform.“

Dokumentiert: aus der Präambel des Koalitionsvertrags von DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen

Thüringen gemeinsam voranbringen – demokratisch, sozial, ökologisch

Ein Vierteljahrhundert nach der friedlichen Revolution gehen Die LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen erstmals eine Koalition ein. Wir bilden eine Landesregierung, die auf dem Erreichten aufbaut, Bewährtes sichert und entschlossen neue Wege geht. Demokratie lebt von Veränderung, Teilhabe und Erfahrung. Wir übernehmen Verantwortung für Thüringen und stellen uns einer ernsthaften Aufarbeitung der Vergangenheit. Wir wollen in der Landespolitik eine neue Kultur des Zuhörens und Mitmachens etablieren, die auf die konstruktive Suche nach der besten Lösung für die in Thüringen lebenden Menschen setzt und diejenigen zusammenführt, die Thüringen gemeinsam voranbringen wollen. Wir bilden eine Landesregierung, die sich auch denen zuwendet, die andere Überzeugungen und Ideen haben. Wir treten mit ihnen in den Dialog und suchen nach gemeinsamen Wegen.

Die Entwicklung, die der Freistaat Thüringen seit der 1989/1990 gewonnenen Freiheit genommen hat, ist trotz teils schwieriger und schmerzhafter Veränderungsprozesse beeindruckend. Das ist die große Leistung der Bürgerinnen und Bürger, der demokratischen Parteien, Gewerkschaften, Unternehmen, Verbände, Initiativen, Vereine, Kirchen und ehrenamtlich Engagierter. Viel wurde in den vergangenen 25 Jahren geschafft, aber noch können nicht alle davon profitieren. Noch liegen große Herausforderungen vor uns. Auf diesem Weg möchten wir niemanden zurücklassen.

Thüringen ist ein Land im Wandel. Die neue Landesregierung wird diesen Wandel gestalten: sozial gerecht, demokratisch und ökologisch. Die Stärkung

des sozialen Zusammenhalts und der Zivilgesellschaft sind Schlüsselaufgaben für die Zukunftsfähigkeit des Landes. Wir werden uns für gute Arbeit, gegen Niedriglöhne und prekäre Beschäftigungsverhältnisse einsetzen und wollen die natürlichen Lebensgrundlagen für kommende Generationen schützen. Der demografische Wandel verlangt nach bürgernahen und demokratischen Lösungen. Gleichzeitig müssen wir die natürlichen Lebensgrundlagen für kommende Generationen schützen. (...) Trotz des auslaufenden Solidarpakts, sinkender EU-Fördermittel und einer wechselhaften Konjunktur soll unsere Finanzpolitik nachhaltig sein und Spielräume für notwendige Investitionen lassen. Die Kommunen brauchen finanzielle Unterstützung, um ihre Aufgaben zuverlässig zu erfüllen. Thüringen muss ein weltoffenes Land sein, das Menschen willkommen heißt und Zuwanderung als Bereicherung versteht. Flüchtlinge finden in Thüringen eine humanitäre Aufnahme.

Der Kampf gegen alte und neue Nazis, gegen Rassismus und Antisemitismus muss entschlossen fortgesetzt werden. Unter dem Eindruck der abschaulichen Verbrechen des sogenannten „NSU“, dessen Ursprünge in Thüringen und dem Versagen der hiesigen Sicherheitsbehörden liegen, bekennen sich Die LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen eingedenk der Opfer jener rassistischen und rechtsterroristischen Gewalttaten zu der hieraus erwachsenden besonderen Verantwortung. (...) So werden wir eine Verfassungsschutzreform umsetzen, die Schluss macht mit einem intransparenten und unzuverlässigen V-Leute-System. (...)

Für Bündnis 90/Die Grünen und die SPD als Parteien, die in und aus der Bürgerrechtsbewegung der DDR

Ministerpräsident Bodo Ramelow am 5. Dezember im Thüringer Landtag:

„Fast die Hälfte der Menschen in Thüringen ist bei der letzten Landtagswahlen zuhause geblieben. Mich sorgt das sehr, und ich glaube, wir alle in diesem hohen Hause sollten das als Herausforderung begreifen, Politik wieder näher an die Menschen zu bringen, damit sie sich einmischen in die Demokratie, die sie sich vor 25 Jahren selbst erkämpft haben. Aus Umfragen wissen wir, dass viele dieser Menschen deshalb nicht wählen gehen, weil sie nicht oder nicht mehr den Eindruck haben, dass die Politik, damit meinen sie uns alle, dass diese Politik etwas für sie selber verändern würde, etwas zum Besseren schaffen würde, obwohl es aus unserer Sicht, gemeinsam hier im Parlament, immer Verbesserungen gegeben hat, und trotzdem fühlt der Einzelne sich abgehängt; und deswegen müssen wir einen Blick für die Menschen haben, die uns nicht mehr zutrauen, dass wir ihre Lebensverhältnisse verbessern. Daran müssen wir uns als Politiker messen lassen.“

hervorgegangen sind, ebenso wie für die Partei Die LINKE ist die Aufarbeitung der SED-Diktatur in all ihren Facetten weder überflüssig noch rückwärtsgewandt. Dabei geht es um eine demokratische Kultur von morgen. Für eine Aufarbeitung in die Gesellschaft hinein ist es von Bedeutung festzuhalten: die DDR war eine Diktatur, kein Rechtsstaat. Weil durch unfreie Wahlen bereits die strukturelle demokratische Legitimation staatlichen Handelns fehlte, weil jedes Recht und jede Gerechtigkeit in der DDR ein Ende haben konnte, wenn einer der kleinen oder großen Mächtigen es so wollte, weil jedes Recht und jede Gerechtigkeit für diejenigen verloren waren, die sich nicht systemkonform verhielten, war die DDR in der Konsequenz ein Unrechtsstaat. Daraus erwächst besondere Verantwortung. (...)

Im Bewusstsein unserer unterschiedlichen politischen Herkunft wenden wir uns gemeinsam den großen Zukunftsaufgaben unseres Landes zu. Wir werden gemeinsam eine Politik verwirklichen, die den sozialen Ausgleich stärkt, für handlungsfähige Kommunen sorgt, mehr direkte Demokratie wagt und die Energiewende konsequent umsetzt. Die neue Landesregierung wird die Prioritäten ihrer Politik an gemeinsam verabredeten Leitprojekten ausrichten, in denen wir Mehrausgaben konzentrieren, ohne dafür neue Schulden zu machen (...)

Grün-Rot schiebt Roma ab

Flüchtlingspolitik in Baden-Württemberg: Zuletzt hatte Ministerpräsident Kretschmann eine „humane Abschiebepolitik“ versprochen. Nun wurden trotzdem 83 Balkan-Flüchtlinge abgeschoben.

„Wir sagen Nein zu den für heute am Flughafen Rheinmünster geplanten Abschiebungen von Roma-Flüchtlingen. Wohlwissend, dass die von Deutschland abgeschobenen Roma in Serbien nicht willkommen sind, stigmatisiert und diskriminiert werden, verfrachtet man diese Menschen, Familien mit vielen Kindern, mitten im Winter in eine ungewisse Zukunft. Das ist in höchstem Maße inhuman“, so am 9. Dezember Karin Binder, Bundestagsabgeordnete der LINKEN aus Karlsruhe.

„Ein Winterabschiebestopp, wie ihn jüngst die rot-rot-grüne Landesregierung in Thüringen beschlossen hat, wäre jetzt auch das Mindeste, was ich von der Landesregierung in Baden-Württemberg erwarten würde. Die Abschiebepolitik der Grünen-SPD-Regierung in Baden-Württemberg unterscheidet sich bisher leider nicht von der der meisten anderen Bundesländer. Auch in der Flüchtlingspolitik ist der Politikwechsel offensichtlich ausgeblieben.

Im Gegenteil, die jetzige Abschiebung beruht auf dem von Ministerpräsident Kretschmann gemachten ‚Kompromiss‘ im sog. Rechtsstellungsverbesserungs-Gesetz, womit Länder wie Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien – entgegen aller Realitäten und wider besseren Wissens – zu sicheren Herkunftsländern erklärt wurden. Die Landesregierung stellt sich damit gegen die humanitäre Forderung nach einem Winterabschiebestopp, die nicht nur von Flüchtlingsinitiativen, sondern auch von kirchlichen Gruppen und den Landesbischöfen zuletzt nach einem Besuch in der Landeserstaufnahmestelle in Karlsruhe geäußert wurde.“

Landtagsdebatte zu Rot-Rot-Grün in Thüringen

„Es hatte heute den Anschein, die CDU im Landtag wolle die innerdeutschen Beziehungen zu Thüringen abrechnen und die deutsche Einheit in Frage stellen“, so Bernhard Strasdeit, Landesgeschäftsführer der LINKEN in Baden-Württemberg.

Der Landesparteitag am letzten Wochenende in Stuttgart beglückwünschte Bodo Ramelow und begrüßte die rot-rot-grüne Regierungsbildung in Thüringen.

„Wir betrachten es als Schwäche der CDU, dass sie den Vorwahlkampf in Baden-Württemberg mit einer Rote-Socken-Kampagne im Landtag einzuläuten versucht. DIE LINKE ist eine demokratische Partei, in Thüringen und

in Baden-Württemberg. Sozialismus ist für uns nur denkbar mit Demokratie, mit Meinungsfreiheit, Freizügigkeit, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit. Alle ihre Ziele verfolgt DIE LINKE im Rahmen des Grundgesetzes und der Landesverfassung. Dies gilt für die gesamte Partei.

Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, die geheimdienstliche Beobachtung der LINKEN und ihrer Abgeordneten in Baden-Württemberg vollständig einzustellen.“

Minister Peter Friedrich (SPD) hat angekündigt, mit der neuen Regierung in Thüringen unter Bodo Ramelow „gut und fair zusammenarbeiten“. Das ist vernünftig.

Bernhard Strasdeit abschließend: „Der rot-rot-grüne Koalitionsvertrag in Thüringen packt Dinge an, die auch wir in Baden-Württemberg gerne umsetzen wollen: zum Beispiel ein gebührenfreies Kitajahr; ein Winterabschiebestopp für Flüchtlinge und eine umfassende Aufklärung der Rolle der Geheimdienste bei den rassistischen NSU-Verbrechen. DIE LINKE tritt zur Landtagswahl 2016 an und wir sind zuversichtlich, dass wir die Fünf-Prozent-Hürde knacken werden.“
Pressemitteilung, 11. Dezember 2014

Löhne rauf, Wachstum folgt

Die zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich gefährdet das Wachstum, so die OECD. Diese Aussage gehört ins Stammbuch der Bundesregierung, so der Vorsitzende der LINKEN, Bernd Riexinger.

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) kritisiert die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich in Deutschland deutlich und fordert den Kampf gegen Ungleichheit ins Zentrum politischer Debatten zu rücken. Kritik und Schlussfolgerung der OECD gehören ins Stammbuch der vergangenen Bundesregierungen wie der aktuellen, in großen Lettern.

DIE LINKE weist seit Jahren daraufhin, dass Niedriglohn und geforderte Zurückhaltung bei Tarifabschlüssen Gift für die Binnenkonjunktur sind, weder Wachstum noch Arbeitsplätze schaffen. Die Kritik der OECD gibt uns Recht und so kann unsere Forderung nur lauten: Schluss mit der Zurückhaltung bei Lohnforderungen, Löhne rauf und her mit einem Mindestlohn, der ausnahmslos gilt und armutsfest in Gegenwart und Zukunft ist.

Flankiert werden muss das ganze durch eine ernsthafte Umverteilung von Oben nach Unten – auch in dieser Forderung bestärkt uns die OECD. Eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes und einer Abgabe auf höhere und höchste Vermö-

gen generiert Einnahmen, die in Bildung und Ausbildung investiert werden können. Gute Bildung und chancengleicher Zugang zu ihr sind die Voraussetzung für gute Arbeit für alle.

Die aktuelle Bundesregierung sollte die Worte der OECD nicht nur zur Kenntnis nehmen, sie sollte entsprechend handeln.

Solidarität mit den Beschäftigten von Amazon!

Kundensolidarität mit dem Streik bei Amazon – Postkartenaktion

Der Vorsitzende der LINKEN, Bernd Riexinger, gehört zu den Erstunterzeichnern einer am 2. Dezember 2014 der Öffentlichkeit vorgestellten Solidaritätsaktion mit den Beschäftigten beim größ-



ten Online-Händler Amazon. Über 85 prominente Politikerinnen und Politiker der LINKEN, der SPD und von Bündnis 90/die Grünen, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Künstlerinnen und Künstler rufen dazu auf, Protestpostkarten und Protest-emails an Deutschland-Chef von Amazon zu verschicken.

Gute Pflege braucht gute Ausbildungsbedingungen

„Die Zustände in der Pflege sind mitunter katastrophal, häufig findet nur die Satt- und Sauberpflege statt. Ausbleibende Investitionen und Arbeitsverdichtung aufgrund von Personalnot führen zu unzureichenden Arbeits- und Ausbildungsbedingungen.“

Gerade auch in der Altenpflege bekommen die Beschäftigten das zu spüren“, kommentierte Michael Schlecht die Tagung der Enquetekommission Pflege im Interims-Landtag, die sich dem Thema „Ausbildung und Qualifizierung in der Pflege“ widmet. Der wirtschaftspolitische Sprecher der Linksfraktion weiter:

„Ver.di hat die Auszubildenden dazu aufgerufen, heute vor der Enquetekommission dafür zu streiten, in dieser Angelegenheit ebenfalls angehört zu werden. Das unterstütze ich, denn gute Ausbildungsbedingungen und eine angemessene Bezahlung, das brauchen wir dringender denn je in der Pflege.“

Jetzt umsteuern!

Die Wirtschaftskonjunktur in Deutschland bewegt sich auf Messers Schneide. Im zweiten Quartal knickte die Wirtschaft um 0,1 Prozent ein. Im dritten Quartal gab es gerade einmal ein Plus von 0,1 Prozent. Es droht wirtschaftliche Stagnation, ein Einbruch kann nicht ausgeschlossen werden. In der Wirtschaftspolitik ist ein grundsätzlicher Kurswechsel notwendig. - Von Michael Schlecht, MdB, wirtschaftspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE

Die Wirtschaftskonjunktur in Deutschland bewegt sich auf Messers Schneide. Im zweiten Quartal knickte die Wirtschaft um 0,1 Prozent ein. Im dritten Quartal gab es gerade einmal ein Plus von 0,1 Prozent. Es droht wirtschaftliche Stagnation, ein Einbruch kann nicht ausgeschlossen werden. In der Wirtschaftspolitik ist ein grundsätzlicher Kurswechsel notwendig.

Strangulierte Binnennachfrage und extreme Exportorientierung, das sind die Eckpunkte einer verfehlten Wirtschaftspolitik der Vergangenheit. Zeitweilig kann mit einer beständigen Steigerung der Exporte und der Außenhandelsüberschüsse die Wirtschaft befeuert werden. Nur irgendwann sind die entsprechenden Außenhandelsdefizite so groß, dass sie keinen Kredit mehr erhalten für Importe aus Deutschland. Und damit gerät die deutsche, nicht nachhaltige Strategie ins Wanken.

Ein nachhaltiger Aufschwung erfordert insbesondere eine gestärkte inländische Konsumnachfrage durch Steigerung der Masseneinkommen und mehr öffentliche Investitionen. Ein kurzfristiges antizyklisches Konjunkturprogramm kann allein keine Abhilfe schaffen, da insgesamt die Strukturen des Wirtschaftens verändert werden müssen. Dafür allerdings ist es höchste Zeit, angesichts der weiterhin bestehenden Rezessionsgefahren.

DIE LINKE will den Niedriglohnsektor trockenlegen. Dazu brauchen wir einen Mindestlohn von 10 Euro ohne Ausnahmen. Vor allem aber muss das völlig unzureichende Tarifautonomiestärkungsgesetz umgehend nachgebessert werden. Wir wollen das Verbot der Leiharbeit, die Beseitigung des Missbrauchs von Werkverträgen sowie die Beschränkung von Befristungen auf wenige sachgrundbezogene Ausnahmen. Entscheidend ist die Knüppel zwischen den Beinen für gewerkschaftliches Handeln zu beseitigen, eine neue Ordnung am Arbeitsmarkt herzustellen, damit wieder deutlich höhere Löhne durchgesetzt werden können. Dies entscheidet maßgeblich darüber, ob eine Umsteuerung der Wirtschaft zu einem größeren Gewicht des Binnenmarktes eingeleitet werden kann.

DIE LINKE will die Hartz-IV-Regelungen sowie die Grundsicherung auf mindestens 500 Euro im Monat erhöhen. Die gesetzliche Rente muss wieder zum Zentrum der Alterssicherungspolitik werden und den Lebensstandard im Alter sichern indem das Rentenniveau wieder auf mindestens 53 Prozent angehoben wird.

Durch diese Maßnahmen im Bereich der Masseneinkommen ließe sich innerhalb von sechs bis zwölf Monaten die Binnennachfrage um bis zu 50 Milliarden Euro stärken.

Darüber hinaus muss der Staat seine restriktive Haltung bei den öffentlichen Investitionen aufgeben. Deutliche Mehrausgaben bei den Investitionen sichern den Erhalt sowie die Erneuerung von öffentlicher Infrastruktur und Dienstleistungen und schaffen den Einstieg in den notwendigen sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft. Für eine angemessene Kinderbetreuung, Bildung, bezahlbaren Wohnraum, Infrastruktur und Gesundheit fehlt es an Sachinvestitionen und Personal; hier müssen in einem ersten Schritt 50 Milliarden investiert werden.

Nein zum Hass! Endlich aufstehen!

In Bayern brennen geplante Flüchtlingsunterkünfte, die Lage eskaliert und folgt dabei augenscheinlich einem Drehbuch. Höchste Zeit zu handeln, fordert das Mitglied im Geschäftsführenden Parteivorstand der LINKEN, Katina Schubert. Sie erklärt:

Heute Nacht brannten in Bayern geplante Unterkünfte für 150 Flüchtlinge, rassistische Schmierereien und Hakenkreuze im Umfeld des Tatortes: Das ist entsetzlich und beschämend!

Die Tat war vorhersehbar und fügt sich regelrecht in ein Drehbuch. Das Klima der Ablehnung, das Flüchtlingen, Migrantinnen und Migranten in diesem Land entgegenschlägt, haben diejenigen mit zu verantworten, die über Jahrzehnte das Asylrecht einschränkten, vor „Asylmissbrauch“ und „Armutseinwanderung“ warnen und auf Abschreckung statt Willkommenskultur setzen.

Dieses Klima ist es auch, das „Pegida“ und ähnliche Gruppierungen ermutigt, ihre menschenverachtenden Positionen laut zu äußern. Jetzt scheint es bis in die Mitte der Gesellschaft hinein legitim, nach Schwächeren zu treten, wie eine Welle wächst die Beteiligung an den Demonstrationen – der Schritt zur nächsten Stufe der Eskalation ist dann nur ein kleiner.

Es wird allerhöchste Zeit aufzuwachen! Diejenigen, die sich nicht in aller Schärfe abgrenzen von „Pegida“, ebnen Schlimmerem den Weg. Wer dort weiter mitläuft, macht sich zum Mitläufer

menschenverachtenden Denkens und Handelns.

Wir brauchen die Anständigen und wir brauchen die Zuständigen!

Wenn die Innenminister aus Bund und Ländern die Sorgen der „Pegida“-Demonstranten ernst nehmen wollen, führt das in die falsche Richtung, die des Populismus. Jetzt kommt es darauf an, die Sorgen der Flüchtlinge, der Flüchtlingsräte und zivilgesellschaftlichen Initiativen, der Kommunen, der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Erstaufnahmestellen ernst zu nehmen.

Wir brauchen ein deutliches Stopp-Schild und wir brauchen dringend eine Änderung des gesellschaftlichen Klimas. Wir brauchen eine echte Willkommenskultur, statt rassistischer Ressentiments. Flüchtlinge sind willkommen. Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit dürfen keinen Platz in der Gesellschaft haben.

Gefahr von rechts

Das Blockadebündnis Heilbronn stellt sich quer hat am 2.12. eine Veranstaltung zur rechtspopulistischen Partei Alternative für Deutschland (AfD) im Gewerkschaftshaus durchgeführt. Refe-



Rechte im Nadelstreifenanzug – mit diesem Plakat hat das Aktionsbündnis Heilbronn stellt sich quer eingeladen.

rent war der Soziologe Andreas Kemper, der in seinem aktuellen Buch Studien über die AfD und ihre Vorgängerorganisationen veröffentlichte. Ihm ging es dabei um die gesellschaftliche Herkunft der Akteure und ihre Interessen und Ziele. Im Vortrag und in der darauffolgenden Diskussion wurde deutlich, wie gefährlich die gesellschaftliche Entwicklung hin zu Flüchtlingshetze und konservativem Rollback ist.

Florian Vollert

Keine Einheit bei der Tarifeinheit

Kaum eine Gelegenheit lässt der DGB aus um öffentlich zu erklären, dass er den Referentenentwurf des Bundesarbeitsministeriums zum Gesetz zur Tarifeinheit begrüßt.

Neben dem grundsätzlichen Einverständnis wird dabei eher leise darauf hingewiesen, dass es bei der Frage, ob der Gesetzgeber nun direkt oder indirekt in das Streikrecht eingreifen könne, unterschiedliche Bewertungen bei den DGB-Mitgliedsgewerkschaften gibt.

Dem Eindruck, dass es hierbei um kleinere im Einzelfall zu diskutierende Differenzen geht, widersprechen die Gewerkschaften Verdi, NGG und GEW, die den Entwurf aus dem Bundesarbeitsministerium nicht mittragen, entschieden.

Die Einschätzung der drei Gewerkschaften ist nicht etwa im Laufe der Diskussion um den jüngst ausgetragenen Streik der Lokführergewerkschaft (GDL) entstanden (welchen man durchaus differenziert betrachten und bewerten kann), sondern bereits zu Beginn der Debatte. Also bereits im Jahr 2010, als der DGB getrieben von der IG Metall und der IG BCE, sich um eine einheitliche Positionierung mit den Arbeitgebern in dieser Frage bemühte.

In der Tat geht es um die Frage, welche Tarifzuständigkeit bzw. Tarifvertrag innerhalb eines Unternehmens oder gar eines Betriebs gilt, wenn mehrere Arbeitnehmerorganisationen dort Mitglieder haben und auch aktiv sind.

Dass es überhaupt zu diese Diskussion kam, lag zum einen an der deutschen Rechtsprechung, nach der die Tarifmajorität der stärksten Gewerkschaft im Betrieb ein Stück weit aufgehoben wurde, und natürlich an den Arbeitgebern, die systematisch ihre Unternehmen und Betriebe auseinanderbrechen, Outsourcing betreiben, zergliedern und wieder frisch zusammensetzen, ganz nach Steuervorteil und auch nach dem Wunsch, Betriebsräte zu schwächen und vor allem die Position der Gewerkschaften zu unterlaufen. Insofern hat auch das Erstarren der Spartengewerkschaften sehr viel mit dieser Unternehmenspolitik zu tun.

Von Seiten der LINKEN wurde dies in der Vergangenheit immer wieder kritisiert, meist sogar klarer als es z.B. die DGB-Gewerkschaften getan haben. Dass ein Gesetz zur Tarifeinheit ohne Einschnitte in das Streikrecht nicht geben kann, wurde nicht zuletzt vom LINKE-Parteivorsitzenden Bernd Riexinger oder auch von Klaus Ernst, den baden-württembergischen Abgeordneten Michael Schlecht und Karin Binder und vielen anderen öffentlich betont.

GEW, NGG und Verdi sehen in dem Gesetzesentwurf das Scheunentor, um in das Streikrecht einzubrechen. Dies vor allem deshalb, weil bei der nicht ganz unkomplizierten Materie des Streikrechts, den Arbeitsgerichten ein breiter Spielraum für Auslegungen zukommt.

Verdi hat dazu ein Positionspapier erarbeitet und stellt darin fest, dass die bisherige Tarifkonkurrenz, die aber gleichzeitig den Gewerkschaften ein gehöriges Maß an Flexibilität und relative Spontantät beim Organisieren des „Arbeitskampfs“ einräumt, verloren geht.

Zukünftig muss unter Umständen sogar per Arbeitsgericht festgelegt werden, welche Gewerkschaft denn wo tarifpolitisch zuständig ist. Dies ist eine elementare Frage der Tarifpolitik und damit auch des Streiks und zwar im Vorfeld. Arbeitgeber können bei der Frage des „Nachzeichnungsrechts“ ausgesuchte Gewerkschaften in den Betrieb bringen.

Perspektivisch droht sogar eine Gefährdung des Flächentarifvertrags. Von Seiten der NGG wird angemerkt, dass gerade durch einen komplizierten Klärungsprozess während der tariflichen Auseinandersetzung am Ende die Spartengewerkschaften gestärkt werden könnten.

Auch über die Öffentlichkeitsarbeit des DGB zeigt sich die kleinste deutsche Industriegewerkschaft, zuständig für die Nahrungsmittelindustrie, die Hotel- und Gastronomie und das Lebensmittelhandwerk, verärgert. Eine gemeinsame Stellungnahme, die eine differenzierte Bewertung des Gesetzesentwurfs möglich gemacht hätte, wurde durch die Erklä-

Grundgesetzwidrige Einschränkung des Streikrechts geplant

„Arbeitsministerin Nahles täuscht die Öffentlichkeit, wenn sie behauptet, das Streikrecht werde nicht beeinträchtigt. Das ist die Unwahrheit“, erklärt Klaus Ernst, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. Ernst weiter:

„Dass sich Teile der DGB-Gewerkschaften vor den Karren der Bundesregierung spannen lassen, statt im Interesse aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer das Streikrecht zu verteidigen, ist mehr als irritierend. Offensichtlich gibt es intensivere Bindungen von Teilen der Gewerkschaftsführung zur SPD, als es das Prinzip der Einheitsgewerkschaft vermuten lässt. Ich hoffe, dass über diesen Vorgang intensive Debatten in den Gewerkschaften stattfinden.“

Falls das Gesetz in Kraft tritt, wird das Bundesverfassungsgericht das Grundrecht auf Streik in der Bundesrepublik Deutschland gegen die SPD und sogar gegen Teile der Gewerkschaften verteidigen müssen. Die Einschränkung des Streikrechts war in der Koalition von CDU und FDP auf Grund der Haltung der Liberalen nicht möglich. Da wünscht man sich fast die FDP zurück!“

rung des gewerkschaftlichen Dachverbands unmöglich gemacht.

Bleibt unter dem Strich festzuhalten, dass neben der LINKEN und den Berufs bzw. Spartengewerkschaften auch Verdi, die GEW und die NGG das Gesetz zur Tarifeinheit ablehnen.

Hierzu haben die drei Gewerkschaften in der letzten Woche eine Unterschriftenaktion auf die Beine gestellt. Diese kann auf den Webseiten der Organisationen aufgerufen und unterzeichnet werden: <https://www.verdi.de/themen/geld-tarif/tarifeinheit>

Elwis Capece, Mitglied des Landesvorstands und Gewerkschaftssekretär bei der NGG, zuständig für die Regionen Karlsruhe und Mannheim

Tarifeinheit: JA – Eingriff ins Streikrecht: NEIN



Wir bekennen uns zum Prinzip, dass Gewerkschaften die Solidarität aller Beschäftigtengruppen organisieren. Ziel ist der Grundsatz „Ein Betrieb ein Tarifvertrag“ im Sinne von Flächentarifverträgen, die den Wettbewerb in einer Branche über Löhne und Arbeitsbedingungen ausschließen. Die so verstandene Tarifeinheit hat einen hohen Stellenwert für die Gewährleistung einer solidarischen und einheitlichen Interessenvertretung aller Beschäftigten in den Betrieben und Dienststellen. Tarifeinheit begrenzt die Konkurrenz, sichert die Durchsetzungsfähigkeit der Belegschaften und fördert die Akzeptanz der Tarifautonomie. Der von der Bundesregierung vorgelegte Referentenentwurf wird diesen Grundsätzen nicht gerecht, da er bei einer Kollision

Wir lehnen jegliche Eingriffe in das Streikrecht ab.

Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, von einer gesetzlichen Regelung der Tarifeinheit abzusehen.

Mit meiner Unterschrift unterstütze ich den Aufruf von verdi, NGG und GEW „Tarifeinheit: JA – Eingriff ins Streikrecht: NEIN“.

InitiatorInnen: Frank Bsirske, Andrea Kocsis, Frank Werneke, Dina Bösch, Eva Maria Welskopf

Unterschriftenliste von Verdi, NGG und GEW



Mannheim: Gemeinderat einstimmig für Resolution gegen TTIP-Verhandlungen unter den gegenwärtigen Bedingungen

Der Mannheimer Gemeinderat folgte nach längerer Diskussion einstimmig der Verwaltungsvorlage zu den TTIP-Verhandlungen. Darin wird in Übereinstimmung mit dem Deutschen und baden-württembergischen Städtetag die Intransparenz der Verhandlungen unter Ausschluss der europäischen Gemeinden kritisiert. Auf keinen Fall dürfe es zur Installation von „Schiedsgerichten“ kommen, welche Entscheidungen der

kommunalen Selbstverwaltungen angreifen und Regressansprüche für entgehende Profite verhängen können. Die in Europa bzw. der BRD gültigen Sozial- und Ökostandards dürften nicht zur Disposition gestellt, die Vergaberichtlinien nicht weiter liberalisiert werden. In-house-Vergabe von Leistungen der Daseinsvorsorge an kommunale Betriebe müsse weiterhin möglich sein.

In der Diskussion über die Verwal-

tungsvorlage, die nach Anträgen der Linken und der Grünen erstellt worden war, schlossen sich auch CDU und FDP bei aller geäußerten Skepsis dem Schutz der kommunalen Selbstverwaltung an. Sie bewerteten allerdings die wirtschaftlichen Vorteile aus TTIP für die Exportnation Deutschland wesentlich optimistischer. Eberhard Will, Fraktionsvorsitzender der AfD, nutzte auch diese Diskussion zu Ausfälligkeiten: Er sei auch gegen dieses geplante internationale Vertragswerk. Davon gebe es ohnehin zu viele und seiner Meinung nach unsinnige Verträge. „Vor 20 Jahren war mal in Peking so eine Frauenkonferenz, und nun haben wir den ganzen Gender-Quatsch.“ Es war sein persönlicher Beitrag zum Aktionstag gegen Gewalt an Frauen, auf den Oberbürgermeister zu Beginn der Sitzung hingewiesen hatte.

Die GemeinderätInnen wurden vor der Sitzung von VertreterInnen des Bündnisses gegen TTIP, CETA und TISA mit Transparenten empfangen und an ein Schreiben des Bündnisses erinnert.

Thomas Trüper

Freiburger LINKE begrüßt Gemeinderatsentscheidung zu TTIP

DIE LINKE begrüßt die Gemeinderatsentscheidung am vergangenen Dienstag zum Freihandelsabkommen TTIP.

Dirk Spöri, Landessprecher der LINKEN, erklärt dazu: „Tausende Kommunen sind bundesweit besorgt über die möglichen Auswirkungen des Freihandelsabkommens TTIP. Wie die Stadt Freiburg sehen viele andere die öffentliche Daseinsvorsorge durch TTIP in Gefahr. Der Gemeinderatsbeschluss ist ein notwendiger Warnschuss an die Bundesregierung.“ DIE LINKE fordert die Regierung dazu auf, Konsequenzen aus der weitreichenden Kritik zu ziehen. „Die Freiburger Abgeordneten Erler und Marschall müssen sich nun im Interesse der Stadt für einen Verhandlungsstopp einsetzen, um die im Gemeinderatsbeschluss formulierten Forderungen, unter anderem zur Daseinsvorsorge und zu Umwelt- und Verbraucherrechten, durchzusetzen.“

Spöri abschließend: „Die Bedenken der Stadt machen deutlich, dass TTIP nur darauf ausgelegt ist, die Interessen großer Konzerne durchzusetzen. Dieses Abkommen darf keine Zukunft haben. Die Gemeinderatsentscheidung und die öffentliche Debatte sind ein Erfolg der Bürgerbewegung gegen TTIP, die schon über eine Million Unterschriften gegen das Abkommen gesammelt hat. Viele andere Kommunen sollten dem Beispiel von Freiburg folgen und ihre Kritik an TTIP öffentlich machen.“



Die LINKE verteilte in Eberbach am 25. Oktober mehrere hunderte Infoblätter und sammelte zahlreiche Unterschriften.

Bundestagsfraktion vor Ort: Gesundheitskonferenz in Stuttgart

Am 28. November fand im Bürgerzentrum West in Stuttgart eine gut besuchte Gesundheitskonferenz statt. 85 Interessierte waren gekommen. Moderator war MdB Michael Schlecht, wirtschaftspolitischer Sprecher unserer Fraktion. Als weiterer Bundestagsabgeordneter war Harald Weinberg, der gesundheitspolitische Sprecher der Linksfraktion anwesend. Nach einer kurzen Einführung von Peter Grohmann, (Die AnStifter) zum Thema „Wa(h)re Gesundheit?!“ sprach Irene Gölz vom Verdi Fachbereich 3, Landesfachbereichsleiterin Gesundheit ein Grußwort. Sie bedankte sich für die Veranstaltung und für das politische und parlamentarische Engagement der LINKEN. Sie hob ausdrücklich hervor, dass Verdi landesweit sehr gerne bei ihren Mitgliedern für diese Konferenz geworben habe. Im Anschluss daran hielt Dr. Thomas Böhm, Mitglied im

Gewinne durch ein Krankenhaus zu machen, ist der Wettbewerb und die Gewinnmaximierung bei den privaten Häusern, aber mindestens die sogenannte schwarze Null bei den öffentlichen Häusern, ausdrücklich das Ziel.

Angela Hauser, Personalratsvorsitzende am Uniklinikum Tübingen, stellte bei ihrem Vortrag aus der Praxis sogenannte Gefährdungs- und Überlastanzeigen (Gefährdung des Patienten und Überlastung des Personales) vor.

Ihr Kollege Volker Mörbe, Betriebsrat am Klinikum Stuttgart und Landesvorsitzender Gesundheit Verdi Fachbereich 3, bestätigte die Ausführungen seiner Vorrednerin. Es werde Druck auf das Personal ausgeübt, diese Anzeigen nicht auszufüllen. Beide bestätigten in der weiteren Diskussion mit dem Publikum, dass die Probleme nicht tariflich gelöst werden können. Es braucht als

Veranstaltung in Bretten: Gesundheit ist keine Ware

Am 19. November eröffnete Gesundheitsministerin Katrin Altpeter mit einem symbolischen „ersten Spatenstich“ die Bauarbeiten für den Neubau der Brettener Rechbergklinik. Für die Brettener LINKE war dies Grund, einige kritische Fragen zu stellen. Schon in den letzten zwei Jahren hatte DIE LINKE das Thema „Klinik“ mehrfach aufgegriffen, so im Zusammenhang mit der Schließung der Geburtshilfestation, aber auch im Kommunalwahlkampf. Immer wieder wurde dabei deutlich: Gesundheit in diesem Land wird immer mehr zu einer Frage des Geldbeutels. Wir erleben ein System der Zwei-Klassen-Medizin, Gesundheit ist zur Ware geworden. Und wer arm ist, so sagen alle Statistiken, der muss früher sterben, weil er sich die notwendigen medizinischen Behandlungen nicht leisten kann! Über die Hintergründe des derzeitigen Gesundheitssystems – und mit Blick auf die Zukunft der Brettener Rechbergklinik – sprach auf einer öffentlichen Veranstaltung des Brettener LINKE-Ortsverbandes am 13. November ein ausgewiesener Fachmann: Jürgen Lippel, Gewerkschaftssekretär im Fachbereich Gesundheitswesen der Gewerkschaft Verdi.

Kreis Ludwigsburg: Linke kritisieren Kliniken-Chef

Die Aufsichtsräte der Kliniken GmbH Ludwigsburg-Bietigheim wollen heute in Markgröningen die Gründung ihrer Gesellschaft vor 20 Jahren feiern. Damals hatten sich die Krankenhäuser des Landkreises und der Stadt Bietigheim-Bissingen zu einer gemeinsamen GmbH zusammengetan. Für die Linken im Kreistag ist das allerdings kein Grund zu feiern. Für sie steht der damals „zugesagte Gründungskonsens offen infrage“, so eine Pressemitteilung der Fraktion. Vor 20 Jahren sei den Bürgern des Kreises der Erhalt aller Klinikstandorte versprochen worden. Nun drohe nach der Schließung der Klinik für geriatrische Rehabilitation in Ludwigsburg auch dem Vaihinger Klinikum das Aus. Zudem sei den Mitarbeitern die Beibehaltung des Tarifvertrags des öffentlichen Dienstes zugesagt worden. Stattdessen plane Klinikenchef Professor Jörg Martin aber weitere Auslagerungen und damit die schlechende Umwandlung von Arbeitsplätzen in schlechtere Tarife. Den bereits in eine Service-Gesellschaft ausgelagerten Mitarbeitern der Reinigung sollten andere Bereiche folgen. Sie würden zukünftig schlechter bezahlt, hätten schlechtere Arbeitsbedingungen und verlören die zusätzliche Altersvorsorge des öffentlichen Dienstes. (Aus Ludwigsburger Kreiszeitung, 11.11.2014)



Moderator Michael Schlecht und die fachkundigen Referenten fesselten die Zuhörerinnen und Zuhörer, und es gab dann nicht nur in den Pausen angeregte Diskussionen.



Verdi Landesbezirksvorstand, das Einführungreferat. Sein Thema war die ausführliche Darstellung der katastrophalen Auswirkungen von Markt und Wettbewerb im Gesundheitswesen. Seit 1991 wurden in Deutschland 416 Krankenhäuser geschlossen und 165.000 Betten abgebaut. Damit einher ging eine enorme Leistungsverdichtung bei den Beschäftigten, massenhafte Privatisierung vieler Einrichtungen und eine Verschlechterung der medizinischen Versorgung der Durchschnittsbevölkerung. Entscheidende Ursachen waren die Mittelkürzungen durch den Staat und die Einführung der sogenannten Fallpauschalen (DRGs).

Fallpauschalen dienen der Gewinnmaximierung

War es früher gesetzlich verboten,

ersten Schritt eine gesetzliche Personalbemessung.

Harald Weinberg konnte in seinem Abschlussreferat nichts Gutes aus der bundespolitischen Entwicklung berichten. Am Verdrängungswettbewerb unter den Krankenhäusern wird festgehalten. Es soll eine Qualitätsmessung eingeführt werden mit dem Ergebnis, dass gute Qualität mit Zuschlägen belohnt und schlechte Qualität mit Abschlägen bestraft werden soll. Als weiteres werde es einen Strukturfonds geben, eine quasi Abwrackprämie für Krankenhäuser, die geschlossen werden sollen.

Das Thema Gesundheitsversorgung, Krankenhäuser, Personalbemessung wird im Landtagswahlkampf ein wichtiges Thema für die LINKE sein.

Walter Kubach

Regionalparlament Stuttgart: Rede Peter Rauscher zur Verabschiedung des Haushaltsplans 2015 des Verbands Region Stuttgart am 10. Dezember

„Der Verkehrsetat bietet für die LINKE mit seinen ökologischen und sozialen Schieflagen triftige Gründe, den Haushalt abzulehnen“

(...) nachdem DIE LINKE gestärkt aus der Regionalwahl hervorging und nun als Fraktion, gemeinsam mit einem Piraten, in der Regionalversammlung vertreten ist, habe wir Bilanz gezogen über unser erstes Vierteljahr, und damit auch über unsere erste Haushaltsdebatte in Fraktionsstärke.

Bilanz

Der vorliegende Haushalt ist für die Region nicht zukunftsweisend. Unsere Fraktion hat 19 Anträge eingebracht, die überwiegend gekennzeichnet sind durch

- Forderungen nach mehr sozialer Teilhabe im VVS,
- für einen leistungsfähigen ÖPNV in der Region,
- für einen leistungsfähigen Schienenverkehr zur Personenbeförderung,
- für eine Stärkung des Güterverkehrs auf der Schiene,
- für einheitliche Qualitätsstandards im ÖPNV
- und vor allem auch für eine nachhaltige Entwicklung im regionalen Maßstab.

Unsere zuletzt genannten Anträgen zur nachhaltigen Entwicklung in der Region wurde in den Ausschüssen teilweise gefolgt. Auf weitere wichtige Themen wie die Sicherung der Nahversorgung, den ökologischen Fußabdruck oder die Ablehnung der Gewerbegebiete entlang der A81 kann ich aufgrund der begrenzten Redezeit nicht eingehen. Der Schwerpunkt meiner Rede werden die Beschlüsse des Verkehrsausschusses sein.

Sozialticket

In der Region wurde von der LINKEN zum wiederholten Male ein Antrag zum Sozialticket gestellt. In der aktuellen Haushaltsdebatte hat jedoch die Mehrheit des Verkehrsausschusses einmal mehr unsere Initiative zur Konzeption eines Sozialtickets mit fadenscheinigen Argumenten abgelehnt. Warum tarifliche Vergünstigungen für Studierende und Senioren keine Sozialleistungen sind, ein Sozialticket aber schon, bleibt das Geheimnis von CDU, Grünen, Freien Wählern und FDP. Insbesondere die Grünen, die für ihre eigene Klientel um jeden Cent Vergünstigung kämpfen, müssen sich fragen lassen, ob sie das Wort „sozial“ überhaupt noch buchstabieren können.

Wir wissen aus der Erhebung der Region, wie gering der Grad der ÖPNV-Nutzung bei Menschen ohne Erwerbseinkommen ist. Dies kann bei Geringverdienern nicht viel anders aussehen.

Wir schließen also mit den hohen VVS-Preisen eine große Zahl von Menschen in der Region faktisch von der ÖPNV-Nutzung aus und verhindern damit, dass dieser Personenkreis am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben in der Region teilnehmen kann.

DIE LINKE in der Regionalversammlung ist nicht nur bei diesem Thema bereit, „dicke Bretter zu bohren“, und wir werden Sie auch zukünftig nicht aus Ihrer politischen Verantwortung für sozial ausgewogene VVS-Preise entlassen. Wir begrüßen daher ausdrücklich, dass mittlerweile zumindest die Verwaltung eine bemerkenswerte Kurskorrektur vollzogen hat. Verkehrsdirektor Herrn Dr. Wurmthaler sei deshalb an dieser Stelle ausdrücklich für seine klaren Worte im Verkehrsausschuss zur politischen Dimension des Sozialtickets gedankt.

ÖPNV-Pakt

Schneller als erwartet hat sich die Kritik der LINKEN am „ÖPNV-Pakt“ bewahrt. Gab es bei den „Expressbuslinien“ zuerst hochfliegende Pläne, elf Linien einzurichten, sind am Schluss noch drei Linien übrig geblieben, deren Existenzberechtigung fragwürdig ist. Insbesondere die kurzfristig aus dem Hut gezauberte Verbindung Waiblingen–Esslingen hat mit dem regionalen Auftrag sehr wenig zu tun. Die direkte Verbindung über die Schiene ist deutlich schneller, und die besseren Anbindungen der Hochschule Esslingen sowie der Gemeinde Kernen sind keine regionalen Aufgaben. Vollkommen ungeklärt sind auch die Rahmenbedingungen für die Busverkehre, um sicherzustellen, dass die Busse nicht einfach nur im Stau stehen.

Die LINKE lässt sich zwar gern



U.a. durch den Kampf der LINKEN gibt es in verschiedenen Städten jetzt Sozialtickets, aber im Umland hapert es noch.

eines Besseren belehren und hat deshalb der Konzepterstellung zugestimmt, aber ohne wesentliche neue Erkenntnisse werden wir einem Linienbetrieb nicht zustimmen.

S-Bahn

Beschämend ist der Umgang der Regionalversammlung mit der S-Bahn. Während die Betriebsqualität permanent schlechter wird und einen Grad erreicht hat, bei dem man über das Sonderkündigungsrecht des Verkehrsvertrages ab dem 1. Januar 2016 nachdenken könnte, fällt der Mehrheit nichts Besseres ein, als einen neuen „S-Bahn-Gipfel“ zu fordern. Dabei zeigt der Blick von den bisherigen Gipfelhöhen hinab in die Niederungen des täglichen Betriebes, dass noch nach jedem „S-Bahn-Gipfel“ trotz schlagzeilenträchtiger Versprechen aus dem Verkehrsausschuss und Beteuerungen der Bahn die tatsächliche Betriebsqualität jedes Mal nur noch deutlich schlechter wurde. Satirisch könnte man formulieren: „Je mehr S-Bahn-Gipfel, desto weniger Pünktlichkeit!“ Die Pünktlichkeit der S-Bahnen ist auf einem historischen Tiefwert angekommen. Doch anstatt endlich wirksame Maßnahmen einzuleiten, veranstalten wir einen weiten S-Bahn Gipfel. Das ist nach zwanzig Jahren der Offenbarungseid für die Verkehrspolitik der Region.

Zur Behebung einiger gravierender Mängel im Betriebsablauf sind zusätzliche Züge zwingend notwendig. Diese zusätzlichen Züge benötigen wir, um Verspätungen früher „auffangen“ zu können. Auch die hoffentlich realisierbare Verlängerung der S 2 nach Neuhausen ist ohne zusätzliche Züge nicht möglich. Deswegen stimmt auch die LINKE der Fahrzeugbeschaffung zu, obwohl die Konditionen des Herstellers nur schwer akzeptierbar sind.

Qualitätsstandards

Wir können aber nicht nachvollziehen, warum einerseits mangelhafte Betriebsqualität beklagt wird, gleichzeitig aber der Antrag der LINKEN zur Entwicklung verbindlicher Qualitätsstandards und wirksamer Werkzeuge zu deren Einhaltung für die Zukunft einmütig abgelehnt wird. Die Weigerung, einheitliche Qualitätsstandard durchzusetzen und die Gleichgültigkeit gegenüber der Leistungsfähigkeit des Filderbahnplus ist ein deutliches Zeichen, dass die Bedürfnisse der ÖPNV-Nutzer für den Verband Region Stuttgart nur eine geringe Rolle spielen.

Ebenso wenig nachvollziehbar ist es,

jegliche Initiative abzuwürgen, die Barrierefreiheit für mobilitätseingeschränkte Menschen durch entsprechende Standards herstellen will. Es scheint in dieser Regionalversammlung kaum jemand zu interessieren, dass das Personenbeförderungsgesetz die vollständige Barrierefreiheit im ÖPNV zum 1.1.2022 fordert. Und vollständige Barrierefreiheit, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist mehr als ein bisschen Bahnsteigkosmetik plus ein paar Aufzüge. Vollständige Barrierefreiheit fordert auch die Beachtung des Bahnhofsumfeldes, bei dem einem Rollstuhlfahrer der tollste Bahnsteig nichts nützt, wenn er beim Verlassen dieses tollen Bahnsteigs dann steckenbleibt. Vollständige Barrierefreiheit bedeutet auch, dass der blinde Mensch nicht nur weiß, wo die Bahnsteigkante ist, sondern sich auch beim Hin- und Rückweg zur Haltestelle sowie beim Umsteigen möglichst ohne fremde Hilfe selbst orientieren kann.

Bei diesen Themen belegt eine der reichsten Regionen in Deutschland beschämende hinterste Plätze im Vergleich der großen Verkehrsverbände.

Fazit

Und schließlich: Mit dem Festhalten an Stuttgart 21 hat die Region erneut ihre Chance auf eine zukunftsfähige Schieneninfrastruktur vertan. Der Verkehrs-etat bietet für die LINKE mit seinen ökologischen und sozialen Schiefen triftige Gründe, den Haushalt abzulehnen.

Kommunalpolitischer Bildungstag

Am Samstag, 29.11.14 fand im Bürgerzentrum West in Stuttgart ein kommunalpolitischer Bildungstag statt, organisiert vom Forum Linke Kommunalpolitik in Baden-Württemberg e.V. und der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Begonnen wurde mit einer Infoveranstaltung zu

Kommunalserie im Landesinfo

Diese Ausgabe des Landesinfos dokumentiert in erster Linie die Ergebnisse des Landesparteitages am 6. und 7. Dezember und ist deshalb beschränkt auf weniger Berichte und Themen als sonst. In den nächsten Ausgaben werden wir die Vorstellung der wieder- oder neugewählten Stadt- und Kreisrätinnen der Linken bzw. ihre Fraktionen fortführen. Dafür brauchen wir kurze Texte und Fotos in guter Qualität.

Liebe „Kommunalos“, bitte schickt uns Eure Fotos und Vorstellungen an das Landesbüro info@die-linke-bw.de mit dem Kennwort Kommunalserie. Die Landesinfo-Redaktion

TTIP und den Auswirkungen auf der kommunalen Ebene. Referent war der Autor und Attac-Kampagnenmacher Harald Klimenta aus Regensburg.

Zwischen den Bildungsangeboten gab es eine Mitgliederversammlung des kommunalpolitischen Forums in der vom Vorstand über die vergangenen Aktivitäten Bericht erstattet wurde. Informativ war der anschließende Austausch der Kommunalpolitiker*Innen.

Nachmittags fand ein Workshop zu Presse- und Öffentlichkeitsarbeit statt. Dozentin war die freiberufliche Kommunikationsberaterin mit Schwerpunkt Neue Medien, Nadja Bungard. Sie ist Inhaberin der PR-Beratung *mondpropaganda* in Berlin und arbeitet als Beraterin und Dozentin. Sie begleitet den Social Media Auftritt des DIHK Verlag seit 2010.

Schwerpunkt des Workshops war die Veröffentlichung von Pressemitteilungen über neue Medien. Nach dem Vortrag der Dozentin erarbeiteten die Teilnehmer*innen PMs, welche im Plenum besprochen wurden. Es wurden Tipps ausgetauscht und überlegt, wie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit langfristig gelingen kann. Hierzu gehört ein präsen ter Internetauftritt, recherchierte Presseverteiler, strukturierte PMs und vieles mehr.

Felix Schreiber (Stadtrat, Tübingen) und Florian Vollert (Kreisrat, Heilbronn)

Notwohnen in Tübingen

Gitta Rosenkranz, Stadträtin der Tübinger Linken, Mittwochsspalte im „Schwäbischen Tagblatt“ vom 19.11.2014,



Studierende in Notunterkünften, Familien, die jahrelang auf bezahlbaren Wohnraum warten, Flüchtlinge in Sammelunterkünften, die speziell für Kranke und Kinder nicht tragbar sind. Tübingen ist lebenswert und attraktiv, nur dann nicht, wenn man mit begrenzten Mitteln eine Wohnung sucht. Kommune und Land ringen um schnelle Lösungen, da die Zahl derer, die von dieser Misere betroffen sind, immer größer wird. Woher soll man den Wohnraum nehmen?

Im Norden der Stadt, auf der Oberen Viehweide, steht das ehemalige Gebäude der Bundesforschungsanstalt für Virus-

krankheiten, in der Paul-Ehrlich-Straße 28: Leerstand seit die Bundesanstalt nicht mehr in Tübingen ist. Die Verwaltungsgebäude wurden nicht lange vor dem Abzug renoviert. Das Gelände liegt günstig. Offiziell Gewerbegebiet, bietet es jedoch alles, was einen Wohnstandort akzeptabel macht: gute TüBus-Anbindung, Laden, Schule, Kita et cetera in der Nähe.

Einiges müsste saniert werden, doch der erste Schritt wäre eine Überprüfung der Gegebenheiten vor Ort. Ohne die Schere im Kopf, dass dies einmal viel Geld in Form eines erweiterten Technologieparks bringen könnte, sondern eine Überprüfung im Sinne einer Interimslösung: Warum nicht ein Projekt, das studentisches Wohnen und Flüchtlingsunterkunft kombiniert. Es gibt viel (Wohn-)Raum auf der Oberen Viehweide. Politik und Verwaltung sollten nun aufgrund der drängenden Not dieser Idee Raum geben und eine Lösung in Betracht zu ziehen, die Entspannung verspricht. Leerstand jedenfalls ist nicht verantwortbar.

Die Kollegin Ute Leube-Dürr (SPD-Fraktion) hat in ihrer jüngsten „Mittwochsspalte“ zu Recht an alle Beteiligten appelliert, gute Wege in der Flüchtlingsversorgung zu gehen. In den Unterkünften fehlen aus Platznot häufig Gemeinschaftsräume. Die Asylverfahren dauern oft zwischen zwei und drei Jahren, solange müssen die Flüchtlinge in den Sammelunterkünften leben.

Deshalb wäre es nur recht und billig, wenn alle Fraktionen des Tübinger Gemeinderats offen für diese Idee wären und gemeinsam mit der Verwaltung einer Begehung des Geländes zustimmen könnten. Nicht nur die Flüchtlinge würden es uns danken, auch alle Menschen, die diese unterstützen und dabei aufgrund der Zustände immer wieder an ihre Grenzen stoßen.

(Auf Antrag der Tübinger Linken fand am 8. Dezember eine Begehung des Gemeinderates auf dem Areal statt)

Büro und Versammlungsraum in Reutlingen eröffnet

In bester Lage nahe der Fußgängerzone Wilhelmstraße haben die Reutlinger LINKE, die Linke Liste Reutlingen und ihre Mandatsträger im Kreistag und Gemeinderat am 13. Dezember ihr Büro in der Museumstrasse 12 eröffnet, in dem auch Versammlungen stattfinden können. Nachdem der Kreisverband in den letzten beiden Jahren über den Zuwachs von 30 neuen Mitgliedern und einem Stadtratsmandat mehr freuen konnte, war dieser Schritt überfällig, der die ständige Suche nach geeigneten Gaststätten-Nebenzimmern beendet hat. Der Kreisverband sieht sich damit für den Landtagswahlkampf gut gerüstet.

Friedenspolitischer Ratschlag 2014: Antimilitaristisches Profil der LINKEN schärfen

Über fünfzig Interessierte aus Partei, Friedensbewegung und Bodenseeregion kamen trotz des GDL-Streiks (mit dem sich die Versammlung solidarisch erklärte) zum Friedenspolitischen Ratschlag der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Frieden der LINKEN Baden-Württemberg nach Friedrichshafen.

Jürgen Wagner, Geschäftsführer der Informationsstelle Militarisation aus Tübingen, referierte über den Ukraine-Konflikt und seine Ursachen. Er plädierte dafür, sich auf keine Konfliktseite zu stellen und skizzierte sowohl die Verantwortung des Westens als auch die Russlands für das Entstehen des Konflikts.

Der Lokalhistoriker Charly Schweizer referierte über 100 Jahre Erster Weltkrieg, Graf Zeppelin und die Rüstungsschmieden am Bodensee. Dabei wurde klar heraus gearbeitet, weshalb sich die LAG Frieden im diesem Jahr für die Bodenseeregion als Veranstaltungsort entschieden hatte: die Region ist ein Schwerpunkt der Rüstungsindustrie im Südwesten.

Die baden-württembergischen Bundestagsabgeordneten Annette Groth und Heike Hänsel referierten über die aktuellen Konflikte im Nahen Osten. Die menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, Annette Groth, kritisierte die Kriegspolitik der israelischen Regierung und deren Unterstützung durch die Bundesregierung. Heike Hänsel, entwicklungspolitische Sprecherin der LINKEN-Bun-

destagsfraktion, berichtete vom Kampf der KurdInnen in Kobane/Rojava gegen die Terrorgruppe Islamischer Staat und benannte als Ursache die Regime-Change-Politik des Westens, die die Region (durch Irakkrieg und Eingreifen in Syrien) destabilisierte und Terrorgruppen entstehen ließ, die zum Teil sogar vom Westen und seinen Verbündeten in den Golfstaaten unterstützt wurden. Sie plädierte dafür, aktuelle Versuche den Kampf um Kobane für innerparteiliche Machtinteressen zu missbrauchen, entscheiden zurückzuweisen. Gerade die Situation in Syrien und im Irak zeigten, dass die Regime-Change-Politik des Westens gescheitert ist und dass Kriegeinsätze und Waffenlieferungen keinen Frieden bringen.

Thomas Mickan von der Informationsstelle Militarisation und Tobias Pflüger, Stellvertretender Parteivorsitzender der LINKEN, referierten im abschließenden Panel über „Humanitäre Interventionen“ und UN-Einsätze. Thomas Mickan legte dar, wie selbst die UN durch UN-Militärmandate und Ausbilderprojekte zu einer Militarisation der Politik weltweit beiträgt.

Tobias Pflüger zeigte am aktuellen Beispielen derzeitiger laufender Bundeswehreinätze und deutscher Waffenlieferungen, dass Militär und Rüstungsexporte keine Lösung, sondern Teile der Krisen wie in Kobane sind, und stellte klar, dass Militärinterventionen und Rüstungslieferungen falsch sind und

nicht zum Programm der LINKEN gehören.

Anschließend fand die Mitgliederversammlung der Landesarbeitsgemeinschaft statt. Thomas Haschke (Kreisverband Stuttgart) wurde einstimmig als Sprecher wiedergewählt. Als neue stellvertretende Sprecherin wurde Inge Jakowlew (KV Bodensee) gewählt. Die LAG beschloss drei Anträge an den Landesparteitag: Aufruf zu Protesten gegen den G7-Gipfel, Aufruf zu Protesten gegen die NATO-Sicherheitskonferenz in München, Aufhebung des PKK-Verbots.

Die Ukraine im Spannungsfeld der Interessen

Veranstaltungstour durch Baden-Württemberg mit Reinhard Lauterbach

Nach einer ersten erfolgreichen Veranstaltungstour zum Thema Ukraine mit dem Osteuropakorrespondenten, Reinhard Lauterbach, im Herbst 2014, wird es auch im Januar 2015 wieder Termine zu diesem Thema geben. Denn der Konflikt in der Ukraine wirft weiterhin zahlreiche Fragen insbesondere nach der Rolle und der Absichten der beteiligten Akteure auf. Unser Referent, der u.a. für die Zeitschrift Junge Welt schreibt, hat die Ukraine mehrfach bereist und wird versuchen, diese Fragen zu beantworten.

Termine in Baden-Württemberg: 26.1. in Mannheim, 27.1. in Heidelberg, 28.1. in Karlsruhe und am 29.1. in Konstanz. Die genauen Daten könnt ihr in Kürze den örtlichen DIE LINKE-Internetseiten entnehmen.



Ca. 300 Menschen demonstrierten am 25. November 2014 zum internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen. Es war die erste Demonstration durch die Mannheimer Innenstadt zu diesem Anlass. Organisiert wurde sie vom Mannheimer Frauenhaus – unterstützt u.a. von Gewerkschaften, Migrantenverbänden und dem Offenen Netzwerk Mannheimer Frauen. Der Protestmarsch durch die belebte Innenstadt fand viel Aufmerksamkeit bei den PassantInnen.

„Wir fordern die Nacht zurück“ war das diesjährige Motto – aber auch „Wir fordern ein gutes Leben am Tag“ – schon während der Demonstration und bei der Abschlusskundgebung wurde das breite Spektrum sexueller und psychischer Gewalttätigkeiten gegen Frauen von zahlreichen Rednerinnen angeprangert. Ein Ende der Gräueltaten im kurdischen Kobane und weiterer Kriegsgebieten, in denen die Frauen dort besonders zu leiden haben, war eine zentrale Forderung. Die Vertreterin des offenen Netzwerkes Mannheimer Frauen betonte in ihrem Beitrag den engen Zusammenhang zwischen sexueller Belästigung und Gewalt und den erforderlichen Räumen und Plätzen, wo sich Frauen sicher und selbstbestimmt bewegen können. Dazu gehört auch die ausreichende Anzahl von guten, bezahlbaren Wohnungen in allen Mannheimer Stadtteilen. (Aus Kommunalinfo Mannheim)

Rede von Heidi Scharf, Landessprecherin der LINKEN in Baden-Württemberg auf dem Landesparteitag am 6. Dezember.

„Wir beginnen mit den Vorbereitungen zum Landtagswahlkampf 2016“

Liebe Genossinnen und Genossen

wir beginnen auf diesem Parteitag mit den Vorbereitungen zum Landtagswahlkampf wir alle gemeinsam werden aktiv und mit viel Power diesen Wahlkampf bestreiten. Wir werden es gemeinsam schaffen 2016 in den Landtag einzuziehen!

Wir sind die Partei

- die für Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit steht,
- für die Solidarität nicht nur eine Worthülse ist, sondern tagtäglich gelebt wird,
- die sich für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen einsetzt,
- die dafür steht, dass die Welt in Frieden leben kann und kein Mensch seinen Kopf für die Verteidigung von wirtschaftlichen Interessen hinhalten muss,
- die die gesellschaftliche Teilhabe eines jeden Menschen durchsetzen will.

Wir wollen die Menschen überzeugen, dass wir gute und machbare Vorschläge haben. In den Kommunen und natürlich im Land.

Zur gesellschaftlichen Teilhabe gehört für uns

- eine kostenfreie, qualifizierte Erziehung und Bildung für alle Kinder;
- Bildung ist eine gesellschaftliche Aufgabe und muss durch die gesamte Gesellschaft finanziert werden – Zugang zu Bildung und Chancengleichheit darf nicht vom Geldbeutel der Familie abhängen;
- eine gute finanzielle Ausstattung der Kommunen. Nur so können sie auch ihren bildungspolitischen und erziehungspolitischen Aufgaben gerecht werden;
- der Ausbau des sozialen Wohnungsbaus;
- flächendeckend Sozialtickets für den öffentlichen Nahverkehr und öffentliche Einrichtungen.

Doch mit dieser Landesregierung ist das wohl nicht zu machen

Ministerpräsident Kretschmann steht nicht für „linke Experimente“, sondern für einen wirtschaftsliberalen und ökokapitalistischen Standortkurs – aber gegen einen ökosozialen Umbau.

Ministerpräsident Kretschmann bekennt sich gegen Sozialtarife bei Energiepreisen und positionierte sich gegen Rot-Rot-Grün in Thüringen. Diese Einmischung hat nicht funktioniert. Seit gestern gibt es den ersten Ministerpräsidenten unserer Partei.

Die Wahlen in Thüringen und insbesondere, dass es gelungen ist, den Ministerpräsidenten zu stellen, gibt auch uns Rückenwind für linke Politik in Baden-Württemberg, in den Kommunen und zukünftig, da bin ich sehr zuversichtlich, auch im Landtag.

Übrigens: In Thüringen wurde im Koalitionsvertrag eine Position vereinbart, wie sie im letzten Wahlkampf im Ländle auf Großplakaten der SPD zu sehen war, aber bei den Koalitionsverhandlungen mit Winfried Kretschmann und den Grünen nicht zum Zuge kam: Ein erstes gebührenfreies Kitajahr.

Winfried Kretschmann gilt als harter Gegner einer höheren Besteuerung der Reichen, obwohl dies noch im Bundestagswahlprogramm der Grünen gefordert wurde. Die SPD führt als Juniorpartner in der Koalition eher ein Schattendasein. Ihre bekanntesten Personen sind Nils Schmid (Wirtschaft) und Reinhold Gall (Innen). Diese stehen nicht für soziale Themen, sondern für Nullverschuldung und Verhinderung von NSU-Aufklärung. Grün-Rot wurde mit der Hoffnung auf einen

grundlegenden Politikwechsel nach der Abwahl von Mappus und der CDU gewählt.

Die Hoffnung wurde enttäuscht:

- Lehrerstellenabbau statt Abschied vom selektiven Bildungssystem;
- Atomausstieg und Energiewende: Fehlanzeige;
- Milliardengrab Stuttgart21 wird weitergebaut – zu Lasten der Bahn in der Fläche.

Der versprochene Politikwechsel blieb aus, „Grün-Rot“ war nur ein Personalwechsel. Insbesondere fehlt der Landesregierung jegliches soziales Profil.

Einzig zur Abschaffung der Studiengebühren waren sie bereit. Das war gut und auch richtig, aber die Bildungs-Nebenkosten im unteren Bereich der Gesellschaft stiegen dennoch drastisch an (z.B. Fahrkarten für Schüler und Azubis).

Gute Bildung und bedarfsorientierte Wohnbaupolitik

Das Schulsystem ist ein Flickenteppich. Das Bildungszeitgesetz lässt immer noch auf sich warten, wann es kommt und wie es kommt ist unsicher. Die Arbeitgeber haben heftigst interveniert, so als würde dieses Gesetz die Wirtschaft in den Ruin treiben. Das ist ja lächerlich.

Die grün-rote Landesregierung hat sich mit der Schuldenbremse als oberstes Gebot von dringenden Investitionen verabschiedet:

- Der soziale Wohnungsbau in den städtischen Zentren ist am Boden.

Auf ihrer Internetseite verkündet die SPD „Grün-Rot unterstützt den Bau von bis zu 1400 Sozialwohnungen“.

Die entsprechenden Fördermaßnahmen sollen um sage und schreibe 12 Mio. auf 75 Mio. Euro erhöht werden. Wohlge-merkt für Modernisierung und Neubauten.

Klar stellen muss man allerdings, dass es sich dabei nicht um dauerhaft günstige Wohnungen handeln wird, sondern um Wohnungen mit einer zeitlich befristeten Mietpreisminderung. Und in Baden-Württemberg gibt es einen Bedarf nicht von 1400 Wohnungen, sondern von mehreren hunderttausend Sozialwohnungen.

Während man in Bayern jährlich 260 Millionen Euro für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stellt, kommt das reiche Bundesland Baden-Württemberg nur auf 75 Millionen Euro.

Bezahlbaren Wohnraum zu schaffen bleibt für uns eine vorrangige Forderung. Dazu sind Gelder von Bund und Land an die Kommunen dringend notwendig.

- Versprochene Krankenhausinvestitionen bleiben weitestgehend aus. Sicher sind die jetzt zugesagten 100 Mio. Euro ein Schritt in die richtige Richtung, ausreichend ist das jedoch nicht.
- Der Schienenverkehr in der Fläche wurde zugunsten von S 21 vernachlässigt, Verkehrsinfrastruktur und Schulbauten ebenfalls.

Im ländlichen Raum braucht es mehr öffentliche Verkehrsinfrastruktur und mehr wohnortnahe Gesundheitsversorgung. Hier muss dringend Abhilfe geschaffen werden.

Für eine menschenwürdige Asylpolitik

Notwendige Maßnahmen der Flüchtlingsunterbringung wurden trotz Warnungen des Landkreistages, von Kirchen und Pro Asyl ein ganzes Jahr lang verweigert und die Lasten einseitig den Kommunen auferlegt.

Übrigens: mit der Stimme unseres Exministerpräsidenten

wurde das Asylrecht geändert. Die Verbesserungen für die einen wurden erkaufte mit der Erweiterung der sogenannten sicheren Drittstaaten. Dass dies jedoch Staaten sind, in denen insbesondere Sinti und Roma einer ständigen Unterdrückung und Benachteiligung ausgesetzt sind, hat nicht interessiert. Eine schnellere Abschiebung ist das Ergebnis. Jeder Asylbewerber wird zwar angehört, aber nun gilt die Beweislastumkehr. Der Asylbewerber muss nun belegen, dass er entgegen der allgemeinen Vermutung tatsächlich verfolgt wird.

Claudia Roth sagte, ich zitiere: „Die Gefahr besteht, dass viele nun sagen, jetzt habe man die Grünen auch dazu gebracht zwischen richtigen und falschen Flüchtlingen zu unterscheiden.“

Der Vorsitzende des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, meinte zu dem Vorgang: Sinti und Roma seien bei dieser Abstimmung zur Manövriermasse geworden.

Wir lehnen eine solche Flüchtlingspolitik entschieden ab!

Ein reiches Bundesland wie Baden-Württemberg kann sicherlich mehr Flüchtlinge aufnehmen als ärmere Länder. Vor allem aber muss man die Menschen aufklären, ihnen aufzeigen, warum Menschen aus ihren Ländern flüchten und wie wichtig Solidarität ist. Das Asylrecht ist ein Menschenrecht und für uns nicht verhandelbar.

Sozialklauseln ins Vergaberecht und NSU-Mordserie aufklären

Ein weiteres Thema ist das Vergaberecht. Es betrifft faktisch nur 5 % aller öffentlichen Aufträge, da nur diese die Bagatellgrenze von 20.000 Euro überschreiten. 95 % der Aufträge fallen also nicht drunter.

Was nützt also ein solches Recht, wenn faktisch keiner davon betroffen ist. Wir brauchen eine klare Regelung:

Kein öffentlicher Auftrag an Arbeitgeber, die nicht nach Tarif bezahlen und ihre Beschäftigten fair behandeln.

- Beide Regierungsparteien sind im Wahlkampf auch angetreten, mehr Bürgerbeteiligung durchzusetzen. Aber noch nicht mal die Direktwahl der Landräte wurde angegangen.
- Die Landesregierung verhinderte im Landtag monatelang einen ordentlichen Untersuchungsausschuss zur NSU-Mordserie. Nach Versagen der Enquetekommission und unter öffentlichem Druck gab die SPD endlich ihre Blockade auf. Die Versäumnisse, Behinderungen und Verstrickungen der staatlichen Behörden bei der Aufklärung der Nazi-Morde sind nicht aufgeklärt sondern werden weiter im Dunkeln gehalten.

Bürgerinnen ernst nehmen: TTIP und CETA stoppen!

Lasst mich noch ein paar Sätze zu TTIP sagen. Der baden-württembergische SPD-Landeschef Nils Schmid wirft seiner Parteilinken im Streit um das Freihandelsabkommen der EU mit Kanada (Ceta) vor, die Erfolgsaussichten der SPD im wirtschaftsstarken Baden-Württemberg zu gefährden. Baden-Württemberg habe ein „enormes Interesse am Zustandekommen dieser Abkommen mit Kanada und den USA“, sagte Wirtschaftsminister Schmid der „Stuttgarter Zeitung“ Gerade der Mittelstand sei darauf angewiesen.

Mit einer Politik, wie die SPD-Linke sie fordere, werde man „in Baden-Württemberg weder bei den Beschäftigten in den Betrieben, noch bei der Wirtschaft auf Verständnis stoßen“. Deshalb könne er diesem Kurs „nicht viel abgewinnen“. Die SPD könne „im Südwesten nur mit einer realitätsnahen und sachorientierten Haltung punkten“, sagte Schmid der Zeitung. Ich frage: hat Herr Schmid schon mal mit den Beschäftigten in den Betrieben gesprochen? Ich mache das tagtäglich. Viele Menschen haben Angst vor TTIP. Viele sehen die Gefahr, dass unsere Tarifverträge, unsere sozialen Absicherungen und die öffentliche Daseinsvorsorge durch diese Abkommen enorm unter Druck kommen und auf einmal andere darüber entscheiden – sogenannte Schiedsgerichte, die gar keine richtigen Gerichte sind –, ob TV noch gelten oder



Heidi Scharf: „Wir sind die Partei, die für soziale Gerechtigkeit steht!“

nicht, ob unsere Sozialversicherung Bestand hat. In USA und Kanada kennt man solche Absicherungen fast gar nicht. Dort ist faktisch alles privatisiert. Der Lohn, die Rente, die Krankenversicherung etc.

Wir wollen unser Sozialversicherungssystem nicht privatisieren lassen, wir wollen es sichern und nicht dem freien Wettbewerb der Konzerne unterwerfen. Wir wollen Tarifverträge, um die Konkurrenz der Beschäftigten untereinander auszuschließen. Wir wollen Standards, die ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Dafür stehen wir LINKEN.

Linkes Korrektiv statt Rechtspopulismus

Als Landesverband werden wir zu all den vorgenannten Punkten unsere zur Regierungshalbezeit begonnene Bilanz aktualisieren und 2015 öffentlich thematisieren.

DIE LINKE wird, wenn sie in den Landtag gewählt ist, mit parlamentarische Präsenz und außerparlamentarischem Druck dafür kämpfen, dass im Landtag die Belange der Menschen wieder eine übergeordnete Rolle spielen.

DIE LINKE kämpft im Vorfeld auch darum, dass es keinen Rechtsruck gibt. Denn wenn die FDP durch die AfD abgelöst wird, verschiebt sich das gesamte Parteienspektrum deutlich nach rechts.

Das gilt es zu verhindern.

Und wohlgermerkt: Es aus unserer Sicht egal welche Regierungskoalition wir haben. Grün-Rot, Schwarz-Rot, Schwarz-Grün. Bei jeder Konstellation ist es wichtig, dass es ein linkes Korrektiv gibt. Dass es eine LINKE gibt, die den Finger in die Wunde legt, die Druck ausübt im Sinne einer Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen.

In derzeitigen Umfragen liegen wir in Baden-Württemberg bei knapp 4 %. Das müssen wir toppen. Das können wir nur mit einer guten Präsenz vor Ort, flächendeckend in ganz Baden-Württemberg.

Wir müssen uns weiter verankern

- bei den Beschäftigten in den Betrieben;
- in den Gewerkschaften, in sozialen Bewegungen und Organisationen;
- in den Kommunen;
- in Vereinen.

Natürlich werden wir in Baden-Württemberg kein Ostergebnis wie in Thüringen erzielen, aber wenn wir gemeinsam bis zur Wahl hart arbeiten, sichtbar sind, klare Positionen beziehen, uns um die Belange der Menschen kümmern, dann können wir den Einzug in den Landtag schaffen.

Sicherlich sind wir dann in der Rolle der Opposition oder konstruktiv ausgedrückt: wir haben die Rolle eines „Korrektivs“, egal zu welcher Landesregierung. Um diese Position einzunehmen, waren die Verdopplung unserer Kommunalmandate sowie die Erfolge der LINKEN in den Groß- und Mittelstäd-

ten bei den Kommunalwahlen von zentraler Bedeutung.

DIE LINKE kommt jedoch nur in den Landtag, wenn sie politischen Nutzen und bleibendes Vertrauen bei Wählerinnen und Wählern erreichen kann.

Im Landtag fehlt schon heute eine linke Opposition. Die Chancen für einen Einzug der LINKEN in den Landtag sind heute besser als vor vier Jahren. Im Jahr 2011 machten SPD und Grüne Wahlkampf aus der Opposition heraus gegen die schwarz-gelbe Landesregierung und gegen einen unbeliebten Ministerpräsident Mappus. Im Landtagswahlkampf 2011 profilierten sich Grüne und SPD als oppositionelle Kraft mit linken und sozialen Themen. Die Bewegung gegen Stuttgart 21 war auf ihrem Höhepunkt. Das Wahlergebnis war denkbar knapp.

Auch 2016 kann es mit den Mehrheiten im Landtag knapp werden. Aber der regierenden Koalition fehlt diesmal ein soziales und linkes Image. In den sozialen Fragen haben wir seit Jahren als einzige Partei klare Positionen.

Veränderung beginnt mit Opposition

Mit dieser alten Weisheit kann DIE LINKE deutlich machen, dass es nicht allein auf Regierungskonstellationen ankommt, sondern auch darauf, dass soziale Interessen im Landtag nicht unter den Tisch fallen und dass antifaschistische und Antikriegskräfte zu Wort kommen und auch gehört werden.

Unser Einzug in den Landtag würde auch dazu führen, dass sich die herrschenden Parteien im einen oder anderen wichtigen Punkt nach links bewegen müssen. So wie sie es im Bundestag auch machen mussten. Ohne uns gäbe es z.B. keinen Mindestlohn. Die entscheidenden Stimmen werden jedoch nicht im Wahlkampf gewonnen, sondern in der täglichen Arbeit der LINKEN vor Ort!

Deshalb werden wir heute auf dem Parteitag die Kampagne gegen prekäre Beschäftigung starten.

Der Missbrauch von Werkverträgen, die Beschäftigung von Leiharbeitern, die Beschäftigung im Niedriglohnbereich muss gestoppt werden. Der Mindestlohn muss durchgesetzt werden.

„Schwarzen Donnerstag“ und Gewalt gegen Stuttgart-21-Gegner aufklären

Noch ein letztes Thema „Stuttgart 21“. Es ist für uns alle unfassbar, dass das Verfahren wegen des Wasserwerfereinsatzes wegen „geringer Schuld“ eingestellt wurde.

Ich zitiere hier auszugsweise Bernd Riexinger unseren Parteivorsitzenden, denn besser kann man das gar nicht beschreiben:

„Am 30. September 2010 begann die Polizei mit der Räumung des Schlossgartens in Stuttgart. Mit beispielloser Härte und Brutalität ging sie gegen tausende Menschen vor, die sich dort in friedlichem Protest und zivilem Ungehorsam versammelt hatten, darunter viele Schülerinnen und Schüler. Gewalt, Schlagstöcke und Wasserwerfer – und am Ende mehrere hundert Verletzte.“

Das Urteil macht fassungslos und wütend, weil das Niederknüppeln von Menschen wegen ihres Protestes gegen ein sinnloses Prestigebauwerk auf diese Art scheinbar nachträgliche Legitimität erhält.

Ein Prozess hätte auch bedeutet, dass der grüne Ministerpräsident Kretschmann sich hätte erklären müssen. Dass er darum herum kommt, Position zu beziehen, sich auch noch erleichtert zeigt, gibt der Einstellung des Verfahrens einen weiteren faden Beigeschmack.

Es ist ein schwarzer Tag für bürgerschaftliches Engagement gegen milliardenschwere Steuerverschwendung wie das Stuttgart-21-Desaster.“

Wir stehen für Chancengleichheit und Gerechtigkeit, für Solidarität, für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen. Ab heute gilt:

Gemeinsam 2016 für die LINKE in den Landtag.

Nein zu Armut in einem reichen Land

Für soziale Gerechtigkeit und Basisdemokratie Für eine starke LINKE in Stadt und Land Teilnahme an der Landtagswahl 2016

Der Landesparteitag beschließt: DIE LINKE Baden-Württemberg beteiligt sich an der Landtagswahl im Frühjahr 2016. Wir werden in allen Wahlkreisen des Landes mit einem linken und sozialen Profil antreten. Der Landesvorstand wird beauftragt, die Diskussion im Landesverband über das Wahlprogramm einzuleiten und den Landtagswahlkampf 2016 vorzubereiten.

Die Kreisverbände, die Landesarbeitsgemeinschaften, der parteinahe Jugendverband, der parteinahe Studierendenverband und unsere Mandatsträgerinnen im Bundestag und in den Kommunen sind aufgerufen, sich daran zu beteiligen. Unsere landespolitischen Positionen wollen wir weiterentwickeln, gemeinsam mit Aktiven aus sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Umweltverbänden und demokratischen Einrichtungen.

DIE LINKE fehlt im Landtag

Drei Jahre Grün-Rot brachten einen Personal- aber keinen ausreichenden Politikwechsel. Zentrale Versprechen aus dem letzten Wahlkampf hat die Landesregierung nicht gehalten. Armut, prekäre Lebens- und Arbeitsverhältnisse sowie soziale Ausgrenzung in Baden-Württemberg nehmen weiter zu. Das Bildungssystem bleibt selektiv. Bei der Pflege und in Krankenhäusern wird auf dem Rücken von Beschäftigten gespart und privatisiert. Die Stadtzerstörung durch Stuttgart 21 geht weiter; die ökologisch-soziale Energiewende: Fehlanzeige. Im Landtag tritt keine Partei für Rüstungskonversion ein; niemand fordert die Schließung der militärischen Kommandozentralen AFRICOM und EUCOM. Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit wird durch repressive Polizei- und Versammlungsgesetze und durch massive Polizeieinsätze ständig verletzt.

Bei direkter Demokratie liegen wir hinter Bayern; selbst die Direktwahl der Landräte wurde fallen gelassen. Der Ministerpräsident hat im Bundesrat durchgesetzt, dass mehr Flüchtlinge abgeschoben werden. Die NSU-Verbrechen und das Fehlverhalten des Landesverfassungsschutzes sind nicht aufgeklärt. Die Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses wurde lange und mit aller Macht verhindert. Nazis treten an vielen Orten offen und gewalttätig auf.

Schon aus diesen Gründen braucht Baden-Württemberg die LINKE im Landtag.

Gegen Armut und soziale Ausgrenzung

Soziale Interessen sind im Landtag an den Rand gedrängt. Baden-Württemberg ist eines der reichsten und wirtschaftlich stärksten Bundesländer. Exporteinnahmen in Milliardenhöhe sind Ausdruck dieses Reichtums. Gleichzeitig sind 18% der Kinder und Jugendlichen von Armut bedroht. Es gibt 10 Prozent mehr Obdachlose im Jahr 2013. Jede dritte berufstätige Frau arbeitet in Teilzeit. Es gibt über 100.000 Leiharbeiter im Land. Auch im öffentlichen Dienst nehmen Leiharbeit und Befristungen zu. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bleibt unzureichend. Angemessener Wohnraum ist in manchen Zentren bis hin in die Mittelschicht nicht mehr bezahlbar. Sozialen Wohnungsbau gibt es faktisch nicht mehr. Die Gesundheitsversorgung wird immer mehr zu einer Frage des Geldes. Wer arm ist, ist häufiger krank und dann schlechter versorgt. Im verhältnismäßig reichen Baden-Württemberg nimmt die Schere zwischen arm und reich zu. Armut in einem reichen Land – darüber wollen wir aufklären und mit der Kampagne gegen prekäre Beschäftigungs- und Lebensverhältnisse ankämpfen.

Bildungsgerechtigkeit

Baden-Württemberg ist noch immer Spitzenreiter bei der sozialen Benachteiligung im Bildungswesen. Neuen Gemeinschaftsschulen, der Wiedereinführung der verfassten Studierendenschaft und einem fortschrittlichen Bildungsplan stehen Lehrstellenabbau, Drittmitteldiktat bei den Hochschulen und das Beibehalten des mehrgliedrigen und selektierenden Schulsystems gegenüber. Die grün-rote Bildungspolitik kommt über punktuelle Projekte nicht hinaus. Wir stellen den konservativen Gegnern des Bildungsplans den Entwurf eines modernen und inklusiven Bildungssystems entgegen. Eine soziale Bildungspolitik braucht genügend und gebührenfreie Kitas, mehr Lehr- und Erziehungskräfte, eine ausreichende Unterrichtsversorgung, mehr Ganztagsangebote und Sozialarbeit, eine staatliche Ausfinanzierung der Hochschulen und viel mehr Gemeinschaftsschulen. Das duale Ausbildungssystem muss verteidigt werden. Berufsschulen dürfen nicht weiter vernachlässigt werden. Die Hochschulen müssen für alle sozialen Schichten zugänglich sein. Statt kompetitiver und mechanisierter Bildungsfabriken wollen wir eine Bildungspolitik, die auf Selbstentfaltung und vollwertige Mitbestimmung aufbaut. Wir wollen Druck machen im nächsten Landtag für eine konsequente Politik der Bildungsgerechtigkeit.

Für eine neue demokratische Kultur in Baden-Württemberg

In Baden-Württemberg sind elementare direktdemokratische Mitspracherechte nach wie vor kaum oder nur verkümmert vorhanden. Im Volksentscheid-Ranking 2013 von Mehr Demokratie e.V. belegt Baden-Württemberg auf Landesebene den letzten Platz aller Bundesländer und auf kommunaler Ebene lediglich den 14. Platz. Auf kommunaler Ebene war Baden-Württemberg im Bereich der Bürgerbeteiligung bis 1990 Vorreiter, davon ist aber heute nicht mehr viel übrig, im Gegenteil: Baden-Württemberg hat im Bereich der Demokratisierung des öffentlichen Lebens den Anschluss verpasst. Die im grün-roten Koalitionsvertrag formulierten Reformen wurden bislang nicht umgesetzt, sodass in Baden-Württemberg z.B. für ein Volksbegehren weiterhin 16,6% aller Wahlberechtigten innerhalb von 14 Tagen ihre Unterschriften in den Rathäusern tätigen müssen, damit es zu einem Volksentscheid kommt. Eine unüberwindbare und undemokratische Hürde!

DIE LINKE Baden-Württemberg begreift sich als demokratisch-sozialistische Bürgerrechtspartei und will daher im nächsten Landtag dafür eintreten, dass Baden-Württemberg den Menschen im Land endlich die längst überfälligen Beteiligungsrechte zugesteht bzw. dort bürgerfreundlich umbaut. Hierzu gehört für uns die Senkung von Quoren, die Verlängerung von Fristen, Bürgerentscheide auf Landkreisebene, aber auch die Direktwahl von Landräten.

Für uns ist es Grundlage einer demokratischen Gesellschaft, dass ein Durchregieren nicht möglich ist und die Menschen im Lande nicht nur Konsumenten von Politik, sondern auch aktive Politikgestalter sein können. Hierzu wollen wir die nötigen Voraussetzungen schaffen.

Mehr Verkehr auf die Schiene – für eine sozial-ökologische Energiewende

Land und Bund blockieren Mittel für den notwendigen Ausbau der Bahn in der Fläche. Insbesondere im ländlichen Raum sind dringend Investitionen in die öffentliche Verkehrsinfrastruktur notwendig. Die LINKE will eine konsequente Verkehrs- und Energiewende. Mobilität und Strom müssen umweltfreundlich und für alle bezahlbar sein. Drei Jahre nach Fukushima läuft selbst der Schrottreaktor Fessenheim weiter. Die Landesregierung benutzt weder dort noch bei Neckarwestheim und Philippsburg die EnBW, um den Atomausstieg zu vollziehen. Stattdessen bremst die EnBW den Wechsel zu einer dezentralen Energieversorgung. Statt Sozialtarifen werden Großkonzerne weiter entlastet. Wir treten ein für eine sozial-



Der DGB-Vorsitzende Nikolaus Landgraf sprach ein Grußwort zu den Delegierten des Landesparteitags.

ökologische Energiepolitik und für den Umbau der vom Erdöl abhängigen Industrie. Wir stehen weiter für einen Ausstieg aus Stuttgart 21 und setzen uns ein für den Ausbau von Bus und Bahn in der Fläche und in städtischen Gebieten.

Flüchtlinge sind willkommen – für Integration und gleiche Rechte

DIE LINKE fordert vom Land eine humane Wohnunterbringung von Flüchtlingen. Integration, soziale Teilhabe, Bildung und Recht auf Arbeit müssen von Beginn der Aufnahme an stattfinden. Die Landesregierung zahlt den Kommunen für die Flüchtlingsunterbringung zu geringe Pauschalen. In den Kommunen setzen wir uns dafür ein, dass Flüchtlinge eine menschengerechte Unterbringung und Versorgung, inklusive medizinischer und psychologischer Betreuung, bekommen. Inakzeptabel ist, dass aus Baden-Württemberg weiter Flüchtlinge abgeschoben werden.

Baden-Württemberg ist ein Einwanderungsland – und das ist gut so! Mehr als ein Viertel der Bevölkerung hat einen Migrationshintergrund. Die Hälfte davon ist ohne deutsche Staatsangehörigkeit. An Schulen und auf dem Arbeitsmarkt haben Menschen mit Migrationshintergrund schlechtere Chancen. DIE LINKE Baden-Württemberg setzt sich für volle Rechte für alle Menschen ein, die ihren Lebensmittelpunkt in Baden-Württemberg haben, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit.

Gemeinsam gegen rechts

Nazis bauen in Baden-Württemberg weiter Strukturen auf. Der Verfassungsschutz schaut weg.

Wir beteiligen uns aktiv in demokratischen Bündnissen, arbeiten in Bürgerbewegungen und -initiativen mit all denen zusammen, die sich für die Integration von Flüchtlingen einsetzen und gegen Rechte, Rechtspopulismus, Nationalismus und Rassismus engagieren. Wir kämpfen gegen Neofaschismus, Rechtspopulismus und Rassismus auf der Straße und in politischen Gremien. Baden-Württemberg braucht keinen Verfassungsschutz, sondern einen NSU-Untersuchungsausschuss mit umfassenden Befugnissen. Mit der AfD formiert sich am rechten Rand eine neue Partei, die sich als Protestpartei darstellt – tatsächlich aber nationalistische, antidemokratische,

ausländerfeindliche und marktradikale Positionen vertritt. Wenn die herrschende Politik ungleiche Lebensverhältnisse, Ausgrenzung und Ungleichbehandlung verschärft, schafft das neuen Raum für rassistische Mobilisierungen.

Investitionsstau beenden – UmFairteilen

Im Landtag von Baden-Württemberg stehen alle Entscheidungen unter dem Motto „Keine neue Schulden“. Diese Position führt dazu, dass bei Investitionen in wichtige Bereiche wie Bildung, Verkehr, Energiewende, Gesundheitsversorgung, Flüchtlingsunterbringung, Ausbau von Kindertagesstätten, Bildungsoffensive zu wenig Geld zur Verfügung gestellt wird. In Krankenhäusern fehlt es an Pflegekräften und in Kitas an ErzieherInnen. Trotzdem sind über 400.000 Menschen auch in Baden-Württemberg arbeitssuchend. Baden-Württemberg ist besonders abhängig von der Exportwirtschaft. Die schwache Konjunktur in- und außerhalb der Eurozone und die durch Merkels Kürzungspolitik erzeugte zusätzliche Schwächung der südlichen Eurozonländer drücken auf die Exporte. Das trifft am Ende auch den Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg. Was wir wirtschaftlich brauchen sind mehr öffentliche Investitionen, finanzielle Entlastungen der Kommunen und eine Stärkung der Binnennachfrage. Wer Investitionen schaffen und Sozialkürzungen verhindern will, muss Reiche und Superreiche stärker zur Kasse bitten und für ein gerechteres Steuersystem sorgen. Dafür sollte sich die Landesregierung im Bundesrat einsetzen. **UmFairteilen:** DIE LINKE fordert die Einführung einer Millionärsteuer und eine einmalige Vermögensabgabe zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte.

Veränderung beginnt mit Opposition –

Wofür steht DIE LINKE in Baden-Württemberg?

Grüne und SPD stehen schwächer da als im Jahr 2011. Am Höhepunkt der Proteste gegen Stuttgart 21 und anlässlich des Reaktorunfalles in Fukushima haben sie einen Politikwechsel versprochen, aber dieses Versprechen nicht eingehalten. Ministerpräsident Kretschmann und Wirtschaftsminister Nils Schmidt stehen als Verfechter der Schuldenbremse und Verteidiger einer ungerechten Steuergesetzgebung zugunsten der Reichen da und präsentieren sich als Freunde der Konzerne. Nun drohen die Rückkehr der CDU an die Macht und ein Einzug der AfD in den Landtag. Eine linke Opposition, die einen Politikwechsel hätte unterstützen und einfordern können, fehlt im Landtag. Es braucht ein linkes „Korrektiv“, egal wer zukünftig im Land regiert. Wie die Mehrheitsverhältnisse im kommenden Landtag auch aussehen mögen: nur DIE LINKE gewährleistet, dass soziale Interessen nicht unter den Tisch fallen, dass andere Fraktionen von links unter Druck kommen und damit soziale Interessen mehr Gehör finden und antifaschistische und antirassistische Kräfte aus dem Landesparlament heraus unterstützt werden.

Im Unterschied zu anderen Parteien stehen wir dafür, soziale Gerechtigkeit in der täglichen Praxis zu vertreten und umzusetzen. Dazu gehört:

- Soziale Mindeststandards durchsetzen. Unter diesen Standards darf niemand genötigt sein, zu leben und zu arbeiten.
- Wichtige öffentliche Güter wie Gesundheitsversorgung, Bildung und Ausbildung ausbauen. Sozialen Wohnungsbau ankurbeln. Ticketfreien Nahverkehr einführen. Mobilität, Wohnraum und Energie müssen zu sozialen Konditionen zugänglich sein.
- Gleiche Rechte und Mitsprachemöglichkeiten in allen Lebensbereichen.
- Gleichwertige Lebensverhältnisse in den Städten und auf dem Land und in allen Regionen.

Damit diese Grundsätze in der Arbeit des Landtages vertreten werden, werben wir für unsere Politik und für viele Stimmen im kommenden Landtagswahlkampf.

Aktiv in den Kommunen – Parteaufbau vor Ort

Für DIE LINKE gilt: sozial, vor und auch nach der Wahl. Mit

dem Einzug in weitere Gemeinderäte und Kreistage hat DIE LINKE im Jahr 2014 ihre politische Verankerung in der Fläche ausbauen können. Dort sind wir neue Ansprechpartnerin für viele kommunale Einrichtungen und Initiativen geworden. Daran können wir anknüpfen. Mehr kommunalpolitisch Engagierte, mehr Mitglieder und Aktive vor Ort und dauerhaft stabil über 3.000 Mitglieder sind unsere Ziele. In den kommenden eineinhalb Jahren wird DIE LINKE in Baden-Württemberg schwarze Gebiete mit mehr roten Flecken anreichern, ihre regionalen Strukturen stärken und neue Ortsverbände aufbauen. Mit kommunalpolitischen Aktivitäten, thematischen Veranstaltungen, Inforunden, kleinen und großen Aktionen und guter Öffentlichkeitsarbeit wollen wir stärker präsent werden und mehr Menschen erreichen als bisher. Wenn uns Fortschritte beim Parteaufbau gelingen, haben wir eine Chance, in den Landtag einzuziehen. Um den Wahlkampf 2016 finanziell stemmen zu können, werben wir in der Mitgliedschaft und im politischen Umfeld um zusätzliche Spenden für unseren Wahlkampffonds.

DIE LINKE Baden-Württemberg will Motor für Veränderung werden

Der Kapitalismus gerät immer tiefer in die Krise und hat nichts mehr zu bieten als immer schärfere Ausbeutung, Arbeitslosigkeit und Armut für immer mehr Menschen, immer mehr Repression, Militarisierung und Krieg. Klimaveränderung und Umweltzerstörung nehmen existenzbedrohende Ausmaße an. Die Linke als sozialistische Partei steht für eine grundlegende Alternative zum kapitalistischen Profitsystem. Wir brauchen öffentliches und demokratisch kontrolliertes Eigentum in der Daseinsvorsorge, an der gesellschaftlichen Infrastruktur, in der Energiewirtschaft und im Finanzsektor. Marktbeherrschende Unternehmen müssen in Gemeineigentum überführt werden. Auf der Grundlage von Gemeineigentum muss die Auto- und Rüstungsindustrie in gesellschaftlich sinnvolle Produktion konvertiert werden.

Wir unterstützen betriebliche und gewerkschaftliche Kämpfe und setzen uns in den Gewerkschaften für eine klassenkämpferische Ausrichtung ein. Wir sind auch solidarisch mit den Forderungen und dem Arbeitskampf der GDL. Wir lehnen das Gesetz der Bundesregierung zur Tarifeinheit ab und fordern alle Kolleginnen und Kollegen in allen Gewerkschaften auf gemeinsam dagegen zu kämpfen.

Wir sind darüber hinaus aktiv

- im Widerstand gegen Stuttgart 21,
- in Umwelt- und sozialen Bewegungen,
- in Mieterinitiativen,
- in antifaschistischen Bündnissen,
- in Bündnissen gegen die Freihandelsabkommen TTIP/CETA/TISA,
- gegen Militarisierung und Krieg.

Wir tragen die Forderungen der außerparlamentarischen Opposition in die Parlamente.

Aktiv stehen wir an der Seite von Gewerkschaften und Sozialverbänden, von Mieter- oder Flüchtlingsinitiativen. Wir engagieren uns auf der Straße und vor Ort in den Kommunalparlamenten. Wir wollen soziale, ökologische, basisdemokratische und friedliche Politik machen, als Partei und in Bündnissen.

DIE LINKE Baden-Württemberg wird und will stärker eingreifen in die Debatten und Auseinandersetzungen im Land und ein Motor für Veränderung werden – daran werden wir in den nächsten Monaten arbeiten. Es gibt keine Erfolgsgarantie, aber wir haben eine gute Chance, unser Ziel zu erreichen und in den nächsten Landtag einzuziehen. In den kommenden anderthalb Jahren werden wir unser Engagement und unsere Kraft dafür einsetzen, dass DIE LINKE stärker wird und dass wir im Frühjahr 2016 die Fünf-Prozent-Hürde überspringen werden.

Weitere Beschlüsse des Landesparteitages

Wohnungslosigkeit junger Erwerbsloser und alter pflegebedürftiger Menschen – so kann es nicht weiter gehen

Der Verlust von Wohnraum stellt für jeden Menschen einen tiefen Einschnitt im Leben dar. Verbunden mit dem Abbruch sozialer Beziehungen und dem Fehlen finanzieller Ressourcen erscheint die Situation für die Betroffenen oft aussichtslos. Es ist der völlige Mangel einer sozialen, beruflichen und finanziellen Perspektive, der niederdrückt; belastend wirken auch die Einschränkungen im Gesundheitszustand und die Ausgrenzung von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Armut macht krank.

Die Zahl wohnungsloser Jugendlicher unter 25 Jahren steigt seit Jahren, aber die bestehenden Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe richten sich an den Bedürfnissen Erwachsener aus; sie sind für Minderjährige und junge Erwachsene ungeeignet, ja schädlich. Kommunen und Landkreise müssen dringend gemeinsam spezielle Hilfen für jugendliche Wohnungslose einrichten. Denn es gilt: Rechtzeitige Hilfe kann Jugendliche auffangen und damit auch deutlich Kosten sparen. Im Mittelpunkt steht die Persönlichkeitsentwicklung der Jugendlichen und die Überwindung sozialer Schwierigkeiten. Über verschiedene Stufen – betreutes Wohnen, Nachholen von Schulabschlüssen, Ausbildung und geregelte Erwerbstätigkeit – können junge Wohnungslose aus der Perspektivlosigkeit herausgeholt werden. Hier ist die Chance besonders hoch, Wohnungslose wieder in die Gesellschaft einzugliedern. Ein gutes Beispiel ist die Straßenschule in Freiburg, aber sie reicht nicht aus. Denn in Freiburg sind derzeit rund 250 junge Menschen wohnungslos! Wir brauchen dringend niederschwellige landkreisübergreifende Einrichtungen für jugendliche Wohnungslose!

Wohnungslose oder akut von Wohnungslosigkeit bedrohte ältere pflegebedürftige Frauen und Männer wiederum können die aufgrund ihrer physischen und häufig auch psychischen Erkrankungen und Behinderungen nicht mehr ins Erwerbsleben und in selbstständiges Wohnen integriert werden. Sie haben einen größeren Betreuungsbedarf, müssen mit Essen, Wäsche und Bekleidung versorgt werden. Gesprächs- und Beratungsangebote sollen ihnen bei der Gestaltung des Alltags und der Lösung Ihrer Probleme helfen; medizinische und pflegerische Notwendigkeiten müssen ebenso beachtet werden wie Hilfe bei Behördenangelegenheiten, bei Überschuldung oder bei Suchterkrankungen. Dies alles ist nur mit einer für mehrere Landkreise übergreifenden stationären Unterbringung von guter Qualität möglich.

DIE LINKE Baden-Württemberg fordert einen zügigen Ausbau der Frühen Hilfen unter deutlicher finanzieller Förderung durch das Land

Wer von seinen meist armen Eltern in früher Kindheit – meist aus sozio-ökonomischen Gründen – vernachlässigt wurde, spürt die Folgen sein ganzes Leben lang. Entwicklungsstörungen mit den Folgen von Verhaltensauffälligkeiten, Konzentrationsmängel, Angststörungen und Depressionen sind häufige Folgen des sozialen Dauerstresses. So wundert es nicht, dass in Baden-Württemberg Hilfen zur Erziehung (HzE) aktuell durchschnittlich nur bei einem von 406 Kinder notwendig sind, aber bei einem von 18 der Kindern mit SGB II-Bezug. Psychosoziale Unterstützung – von Schwangerschaft und Geburt an – kann Schäden verhindern und Langzeitfolgen mildern. FRÜHE HILFEN wirken präventiv, sind sehr Erfolg versprechend und können Vernachlässigung und Misshandlung von noch sehr kleinen Kindern deutlich reduzieren. Die Einsätze von Familienhebammen werden – etwa in Freiburg – von einem Kompetenzzentrum (kein verlängerter Arm des Allgemeinen sozialen Dienstes!) koordiniert, das mit Frühförderung-Einrichtungen, Familienberatung, Krippen und Kitas

vernetzt ist und zudem Sozialarbeit in Kinderarztpraxen initiiert hat.

FRÜHE HILFEN sind allerdings kein Ersatz für eine gerechte, nachhaltige Sozialpolitik, die Kinderarmut und den Sozialabbau der SGB-II-Gesetzgebung insgesamt zügig beseitigt. Wir verweisen als Beispiel auf den Regelsatz von nur einem Euro monatlich für frühkindliche Bildung, nur ein Bruchteil dessen, was für Mittelschichtkinder zur Verfügung steht. Daran ändert auch das total überbürokratisierte Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) für Schulkinder leider nichts.

Unterstützung der Tarifauseinandersetzungen in den Sozial- und Erziehungsdiensten

DIE LINKE. Baden-Württemberg unterstützt die Aufwertungskampagne für die Sozial- und Erziehungsdienste von Verdi. Die Unterstützung der Kampagne läuft über die landesweite Arbeitsgruppe zur Kampagne zu prekären Beschäftigungs- und Lebensverhältnissen. Die landesweite Kampagnengruppe kann dabei:

- Information über das Thema für die Kreisverbände bereitstellen,
- die Kontaktsuche zwischen Verdi-Aktiven im Kita-Bereich und den Kreisverbänden unterstützen,
- die Gründung von Solidaritätskomitees vor Ort anregen,
- eigene Aktionsideen entwickeln,
- als Verbindung zwischen der Kampagne der Bundespartei und dem Landesverband dienen,
- kommunalpolitische Initiativen erarbeiten und koordinieren.

Bericht zu Sozialberatung in linker Trägerschaft

Der Landesparteitag beauftragt den Landesvorstand einen landesweiten Erfahrungsbericht zu Sozialberatung in LINKE-Trägerschaft zu erstellen.

Der Landesvorstand sagte einen Bericht zu und nahm zudem die Anregung auf, dabei auch die Erfahrungen von sanktionsfreier Sozialberatung verschiedener Sozialinitiativen im Land mit einzubeziehen.

Beitragsfreie Kita- und Schulverpflegung

Der Landesparteitag beschließt, beitragsfreie Kita- und Schulverpflegung für alle Kinder und Jugendlichen als inhaltlichen Schwerpunkt in das zur Landtagswahl Baden-Württemberg zu erarbeitende Wahlprogramm aufzunehmen. Wichtige Aspekte dabei sind u.a. verbindlich festgeschriebene hochwertige Standards, möglichst regionale Produkte aus ökologischer Erzeugung und zumindest ein hoher Anteil an frisch zubereiteten Speisen. Verträge mit Caterern müssen sozialversicherte und tariflich bezahlte Beschäftigungsverhältnisse gewährleisten. Schulküchen und kommunale Küchen sollen gefördert werden.

Erhöhtes Beförderungsgeld nicht einführen

DIE LINKE Baden-Württemberg protestiert dagegen, dass Schwarzfahrer/innen ab 2015 ein Strafgeld von 60 Euro bezahlen sollen und weiter kriminalisiert werden. Nicht diejenigen Menschen handeln kriminell, die sich die steigenden Fahrpreise nicht mehr leisten können und deshalb gezwungenermaßen schwarzfahren. Kriminell handeln Politiker, die den öffentlichen Nahverkehr unterfinanzieren und durch überhöhte Fahrpreise Menschen das Recht auf Mobilität rauben. Es darf nicht sein, dass die Gerichte und Gefängnisse für das Bagatelldelikt „Leistungserschleichung“ belegt werden, während die Reichen und Superreichen für milliardenschweren Steuerbetrug selten vors Gericht und so gut wie nie ins Gefängnis müssen. Angeblich gehen den Nahverkehrsunternehmen jährlich 250 Millionen Euro an Einnahmen durch das Schwarzfahren verloren. Das ist eine lächerliche Summe im Vergleich zu den

mehrstelligen Milliardenbeträgen, die die Vermögens- und Einkommensmillionäre und -milliardäre, Banken und Konzerne jedes Jahr an Steuern hinterziehen.

Die Linke fordert den Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr. Das ist nicht nur der beste Beitrag, Schwarzfahren, teure Fahrscheinkontrollen und Tarifsysteme abzuschaffen. Der ticketfreie Nahverkehr ist darüber hinaus ein wichtiger Beitrag zur Armutsbekämpfung und sorgt für das Umsteigen vom umweltschädlichen Auto- auf den umweltfreundlichen öffentlichen Verkehr.

Der Landesverband der Linken fordert die Linke in den Landesregierungen in Brandenburg und Thüringen auf, im Bundesrat gegen das erhöhte Beförderungsgeld zu stimmen. Auf kommunaler und regionaler Ebene setzen sich unsere Kreisverbände, Stadt/Gemeinde/Regionalräte dafür ein, dass in den Verkehrsverbänden im Land das erhöhte Beförderungsgeld nicht eingeführt wird.

Nein zur Abschaffung der Bahncard! Nein zur Streichung der Nachtzuglinien!

DIE LINKE Baden-Württemberg spricht sich gegen Pläne der DB AG aus, die Bahncard abzuschaffen oder in ihrer Funktion einzuschränken. Der Landesverband Baden-Württemberg fordert den Aufsichtsrat der Bahn auf, sich an seinen grundgesetzlichen Auftrag zu erinnern, den Verkehrsbedürfnissen der Allgemeinheit Rechnung zu tragen. Nachtzuglinien und andere Angebote der Bahn müssen attraktiver gestaltet und ausgebaut werden. Streichungen von Bahnangeboten sind ökologisch und volkswirtschaftlich falsch.

Unterstützung der Blockupy-Proteste

DIE LINKE Baden-Württemberg unterstützt aktiv die für den Tag der Eröffnung des neuen Gebäudes der Europäischen Zentralbank am 18. März 2015 in Frankfurt am Main geplanten Proteste von Blockupy. Als LINKE greifen wir dabei unter anderem die Themen Eurokrise und Schuldenbremse, Flüchtlingspolitik und TTIP auf. Der Landesverband hilft im Vorfeld und bei Bedarf bei der Durchführung von Informationsveranstaltungen vor Ort und stellt Mobilisierungsmaterial zur Verfügung, sofern dies nicht von der Bundesebene kommt.

General- und Solidaritätsstreiks

Der Landesparteitag der Partei DIE LINKE in Baden-Württemberg und dessen Vertreter/innen im Deutschen Bundestag setzen sich für die Abschaffung des Verbotes und damit für die Einführung des Generalstreiks als Mittel des Arbeitskampfes ein, ohne dass dessen Legalisierung für die Durchführung zwingend notwendig ist. Wir sprechen uns dafür aus, dass Solidaritätsstreiks zur Sympathiebekundung für die Anliegen anderer lohnabhängig Beschäftigter von einer Belegschaft mit einfacher Mehrheit jederzeit beschlossen werden können.

Proteste gegen G 7-Gipfel

DIE LINKE Baden-Württemberg unterstützt die Proteste gegen den G 7-Gipfel 2015 in Elmau/Bayern. DIE LINKE ruft alle ihre Mitglieder und Gliederungen auf, sich an den Protesten zu beteiligen und in den lokalen Initiativen gegen den Gipfel mitzuarbeiten.

Nein zur Sicherheitskonferenz. Nein zur NATO.

Jedes Jahr treffen sich in München Vertreter der Rüstungsunternehmen, Bundesregierung und Vertreter der Nato-Mitgliedsländer sowie befreundete Staaten zur sogenannten Sicherheitskonferenz, diesmal von 7.-9.2.2015. Den Vorsitz der Konferenz hat der Rüstungslobbyist und Tübinger Gastprofessor Wolfgang Ischinger. Die Sicherheitskonferenz wird mit staatlichen Mitteln in Millionenhöhe und dem Einsatz der Bundeswehr im Innern gefördert. Thematisch soll die Militarisierung der Gesellschaft weiter vorangetrieben werden und weitere Schritte der Umsetzung der Beschlüsse des Nato

Gipfels von Wales (September 2014) diskutiert werden. Zum Beispiel soll jedes Mitgliedsland 2,1 % des BIP für das Militär ausgeben. In die gleiche Richtung gehen Forderungen aus der Bundesregierung nach Verbesserung der Ausstattung der Bundeswehr. Diese geplante Aufrüstungswelle lehnen wir ab und fordern stattdessen eine umfassende Abrüstung. Schon zu Beginn dieses Jahres versuchte Bundespräsident Gauck durch seine preußisch-militaristischen Rede die Diskussion hin zu mehr robusten Einsätzen und eine Abkehr von nach seiner Meinung überholten pazifistischen Werten in der Gesellschaft anzuregen. Dies lehnen wir genauso ab, wie die Sicherheitskonferenz insgesamt und unterstützen deswegen den Aufruf zu den Protesten gegen die Sicherheitskonferenz.

Aktionsbündnis gegen die Nato-sicherheitskonferenz weitere Infos: www.sicherheitskonferenz.de



PKK-Verbot aufheben

DIE LINKE Baden-Württemberg fordert die Aufhebung des PKK-Verbotes sowie die Streichung der PKK von den EU-Terrorlisten. In diesem Kontext fordern wir die Einstellung der Verfahren gegen Menschen, die wegen „widerrechtlichem“ Verwendens von PKK-Symbolen angeklagt werden, darunter auch unsere Genossin Nicole Gohlke, MdB. Der Landesverband Baden-Württemberg unterstützt die Sammlung von Spenden für syrische Flüchtlinge in der Türkei, die gerade angesichts des kommenden Winters dringend auf Hilfe angewiesen sind.

Nahrungsmittelhilfe für syrische Flüchtlinge sicherstellen

DIE LINKE Baden-Württemberg fordert die Bundesregierung auf, in ausreichendem Maße finanzielle Mittel für das Welternährungsprogramm zur Verfügung zu stellen, um eine adäquate Nahrungsmittelversorgung der syrischen Flüchtlinge zu sichern. Diese humanitäre und friedenspolitische Maßnahme kann durch die Umwidmung von Geldern aus dem Verteidigungsetat finanziert werden.

Tagung zum Nahostkonflikt

Der Landesvorstand wird beauftragt, eine ergebnisoffene Tagung zum Thema „DIE LINKE und die aktuelle Entwicklung des Nahostkonfliktes“ zu initiieren, um die Debatte dazu respektvoll und solidarisch zu führen und Versachlichung und Konkretisierung beizutragen.

„Pluralismus und Transparenz sind tragende Säulen unserer Partei“ (Parteiprogramm)

Der Landesparteitag appelliert an die Partei, politische Diskussionen offen und konstruktiv innerhalb der Partei in entsprechenden Organen und Medien zu führen und nicht dabei bürgerliche Medien einzuschalten.

Kampagne zu TTIP, CETA, TISA

Die Landespartei wird beauftragt, eine öffentliche Kampagne zu den sogenannten Freihandelsabkommen CETA, TTIP und

TISA zu entwickeln, die die Auswirkungen auf die Bevölkerung und die Kommunen analysiert und Hilfestellungen für LINKE Kommunalpolitik in Baden-Württemberg erarbeitet. Der Landesparteitag beauftragt den Landesvorstand in Zusammenarbeit mit allen in Frage kommenden Kräften u.a. mit dem Kommunalpolitischen Forum, die Voraussetzungen zu schaffen, um ein koordiniertes Vorgehen der kommunalen MandatsträgerInnen im Land zu gewährleisten. Auch im Hinblick auf die Landtagswahl gehört dazu die Entwicklung und Ausformulierung einer gemeinsamen kommunalpolitischen Argumentationslinie.

Verhandlungen über TTIP und CETA sind gescheitert

Die Delegierten des Landesparteitages fordern die Bundesregierung, namentlich den Wirtschaftsminister Gabriel, auf, die Verhandlungen über CETA und TTIP als gescheitert zu erklären und beide Abkommen abzulehnen, da ihre Inhalte nicht durch einen demokratischen Willensbildungsprozess zustande gekommen sind und darüber hinaus von vielen namhaften Juristen als nicht verfassungskonform bezeichnet werden. Mehr als befremdlich ist der plötzliche unerklärliche Sinnes-

wandel von Minister Gabriel, der bis vor kurzem die Investorenschutzklauseln strikt ablehnte, nun aber ihre Gefahren nicht mehr wahrhaben will. Ein Skandal ist ferner, dass mit Herrn Dr. Stephan Schill eine Person mit einem Gutachten zum Investorenschutz beauftragt wurde, die im Falle eines Zustandekommens von CETA und dessen Investorenschutzklauseln als Schiedsrichter in dieser Sache tätig werden könnte – also davon finanziell profitieren würde. Sollten Freihandelsabkommen für nötig erachtet werden, ist es erforderlich, dass diese durch Personen und Gruppierungen ausgehandelt werden, die eine demokratische Legitimation haben.

Anpassung der Landessatzung an die neue Bundessatzung

Der Landesparteitag vom 9.-11. Mai 2014 in Berlin hat zahlreiche Änderungen der Bundessatzung beschlossen, die für alle Landesverbände gelten. Der Landesparteitag hat deshalb beschlossen, die Landessatzung des Landesverbands Baden-Württemberg entsprechend anzupassen. Die Landessatzung in ihrer neuen Fassung kann inzwischen auf der Homepage des Landesverbands abgerufen werden.

Erklärung des geschäftsführenden Landesvorstandes DIE LINKE Baden-Württemberg zu den Vorgängen um den Besuch von Max Blumenthal und David Sheen in Berlin am 9. und 10.11.2014

1. Es ist gut, dass sich drei Mitglieder der Bundestagsfraktion, darunter die beiden baden-württembergischen Bundestagsabgeordneten Annette Groth und Heike Hänsel, bei Gregor Gysi und der Fraktion für die „Eskalation vor Gregor Gysis Büro am 10. November 2014“ entschuldigt und sich von der „aggressiven Vorgehensweise und den Beleidigungen gegenüber Gregor Gysi“ distanziert haben. Gregor Gysi hat diese Entschuldigung angenommen.

2. Leider war dies nur der Endpunkt einer Reihe von Fehlern, von Fehleinschätzungen und falschen Entscheidungen. Um den 9. November – in zeitlicher und räumlicher Nähe zum Gedenktag – die Veranstaltungen mit den Kritikern der israelischen Politik, die die Kriegs- und Besatzungspolitik Israels in einen Vergleich bringen mit der Ermordung der europäischen Juden, in dieser Form durchziehen zu wollen, halten wir für einen Fehler. Das war deshalb auch kein Beitrag für die Solidarität mit Palästinenserinnen und Palästinensern. Ort, Zeit und Referenten müssen bei dem sensiblen Thema Nahostkonflikt bedachter gewählt werden, als dies hier der Fall war. Weiter war es falsch, die Einladungspolitik in Bundestagsräume der Abgeordneten mit Blumenthal und Sheen fortzusetzen, nachdem eine Veranstaltung in den Fraktionsräumen unerwünscht war. An dieser Reihe von Fehlern bzw. an den vertanen Möglichkeiten, sie rechtzeitig zu korrigieren, waren durchaus mehr GenossInnen der Bundestagsfraktion beteiligt, als nur diejenigen, die jetzt öffentlich kritisiert werden. Auch das muss bei der Frage, wie Fehler dieser Art zukünftig vermieden werden können, bedacht werden.

3. Wir erwarten von MdBs und von der gesamten Bundestagsfraktion, dass sie zukünftig gemeinsam mit ihren Büros die verschiedenen Widersprüche und Interessen in Konflikten dieser Tragweite angemessen behandeln, und die notwendigen Recherchen zur Einladung von Referenten vorher durchführen. Die Fehler lassen Professionalität vermissen. Wir erwarten eine Klärung, wie diese in Zukunft sichergestellt wird.

4. DIE LINKE und die Linksfraktion wären gut beraten, die – bei allen Differenzen – vorhandenen, gemeinsamen Positionen (den stärker werdenden Antisemitismus und Rassismus bekämpfen, Anerkennung eines lebensfähigen Staates Palästina, keine Waffenexporte u.v.a.) zu suchen und auf deren Basis zu gemeinsamem Handeln zu kommen. Zu den tatsächlich anstehenden Aufgaben erklärte Gregor Gysi: „... eine Zustimmung zu einem unabhängigen Palästina müsse

auch für Deutschland ‚eine Selbstverständlichkeit‘ sein... Die UN (haben) 1947 in dem Gebiet die Bildung von zwei Staaten beschlossen, nämlich von Israel und Palästina. Israel gibt es seitdem, und es wird höchste Zeit, dass neben einem sicheren jüdischen Staat Israel auch ein sicherer lebensfähiger Staat Palästina im Kern in den Grenzen von 1967 geschaffen wird. Die absichtsvoll demütigende Besatzung durch Israel im palästinensischen Gebiet muss beendet werden.“ (Der Tagesspiegel, 12.10.2014). Für diese Ziele und deren Umsetzung durch die deutsche Außenpolitik müssen die Bundestagsfraktion der LINKEN und ihre Mitglieder politische Energie und professionelle Arbeit einsetzen.

5. Austritts- und Rücktrittsforderungen weisen wir zurück, insbesondere gegen unsere Bundestagsabgeordneten und unser Parteivorstandsmitglied Claudia Haydt. In unserer Partei existieren, neben den gemeinsamen Standpunkten, wie sie auch im Parteiprogramm festgehalten wurden, unterschiedliche Sichten auf den Nahostkonflikt. Diese gilt es zu respektieren und zu diskutieren. Eine automatische Gleichsetzung von Kritik unterschiedlicher Art an der israelischen Regierungspolitik mit Antisemitismus halten wir in der Auseinandersetzung weder für zutreffend noch für förderlich. Kritik ist danach zu beurteilen, ob sie in der Sache angemessen, richtig oder falsch ist. Antisemitismus ist eine ethnisch, biologistisch, also rassistisch begründete ideologische Einstellung. Es ist und bleibt für uns selbstverständlich, dass antisemitische Positionen – wie jede Form von Rassismus und Diskriminierung – in unserer Partei und auf Veranstaltungen von Partei und Fraktion niemals einen Platz haben dürfen.

Christoph Cornides, Sahra Mirow, Heidi Scharf, Dirk Spöri, Bernhard Strasdeit
(Stuttgart, 18.11.2014)

Stellungnahme von Gregor Gysi am 17.11.2014: Verantwortung übernehmen

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Gregor Gysi, erklärt: „Mit Interesse habe ich die Erklärung ‚Ihr sprecht nicht für uns!‘ vom 14. November zur Kenntnis genommen.“

Inge Höger, Annette Groth und Heike Hänsel haben sich bei mir nach einer offenen und kritischen Debatte in der Fraktion entschuldigt, und ich habe die Entschuldigung ange-

nommen.

Veranstaltungen der Fraktion und der Abgeordneten dürfen ausschließlich auf der Grundlage des Grundsatzprogramms und des Wahlprogramms stattfinden.

Dies ist Aufgabe und Verantwortung aller Mitglieder der Fraktion. Der Fraktionsvorstand wird dies entsprechend durchsetzen. An alle Mitglieder von Partei und Fraktion appelliere ich, ihre ideologischen Differenzen nicht anhand dieses Vorfalles auszutragen.“

Heike Hänsel im Interview mit „Schwäbisches Tagblatt“, Tübingen, 29.11.2014

Frieden nur mit zwei Staaten

Heike Hänsel zum Eklat um die Einladung zweier Israel-Kritiker in den Bundestag

Die Abgeordnete der Linken Heike Hänsel wird kritisiert, weil sie in einen Eklat vor dem Büro Gregor Gysi im Bundestag um die beiden Israel-kritischen Publizisten Max Blumenthal und David Sheen verwickelt war (wir berichteten). Auch Hänsel hatte versucht, ihnen ein Gespräch mit Gysi zu vermitteln. Wir fragten die Tübinger Abgeordnete nach ihrer Sicht auf den Vorfall, den Nahostkonflikt und auf Antisemitismus-Vorwürfe gegenüber Teilen der Linken.

TAGBLATT: Frau Hänsel, eine Initiative „Ihr sprecht nicht für uns“ aus Ihrer Partei fordert nach dem Eklat vor dem Büro Gregor Gysi unter anderem Ihren Rücktritt, obwohl Sie sich bei ihm und Ihrer Fraktion entschuldigt haben. Haben Sie ernsthaft darüber nachgedacht?

Heike Hänsel: Nein, denn ich habe einen Fehler gemacht, aber es war keine verwerfliche Absicht dahinter. Nachdem dann sowohl Gregor Gysi als auch die gesamte Fraktion die Entschuldigung gleich akzeptiert hatten, war das für mich ein klares Zeichen, dass dies auch so gesehen wird. Diese Woche hat die Fraktion dies nochmals bekräftigt, indem sie eine erneut beantragte Debatte zu dem Vorfall mit großer Mehrheit abgelehnt hat.

Finden Sie es richtig, dass Ihre Fraktionskolleginnen Inge Höger und Annette Groth die beiden stark Israel-kritischen Journalisten ausgerechnet um den 9. November herum in den Bundestag einladen?

Die beiden Journalisten wurden übrigens von IPPNW, einer internationalen Ärzteorganisation, nach Deutschland eingeladen, die auch die Veranstaltung am 9. November mit organisiert hatten. Ich finde die Kritik daran berechtigt, dass der 9. November sich dafür nicht eignet, da braucht es mehr Sensibilität.

Wenn Sie selbst nicht zu den Einladenden gehörten – weshalb waren sie überhaupt bei der Veranstaltung am 10. November im Bundestag und anschließend vor dem Büro Gregor Gysi?

Ich bin im Entwicklungsausschuss zuständig für die Region Israel und Palästina und wollte mich über die Situation in Gaza informieren, da Max Blumenthal während des Krieges diesen Sommer im Gazastreifen war. Ich konnte bisher nicht nach Gaza reisen. Und der UN-Kommission zur Untersuchung von möglichen Kriegsverbrechen wird ja die Einreise verweigert. Da die beiden Journalisten, beide aus jüdischen Familien, dann in einem Artikel mit Bezug auf Gregor Gysi als „Israelhasser“ und „Antisemiten“ bezeichnet worden waren, war ich der Meinung, dass sie ein Anrecht darauf hatten, sich über diese massiven Vorwürfe mit Gregor Gysi auszutauschen, allerdings unter „vier Augen“. Eine quasi öffentliche Unterredung vor seinem Büro war nicht geplant. Wir waren eigentlich gerade am Verlassen des Ortes, als zufällig Gregor Gysi aus seinem Büro kam und das Ganze eskalierte. Dies war mein Fehler.

Was halten Sie selbst von den Thesen Blumenthals und Sheens?

Ich kenne nicht alle Thesen der beiden. Ich weiß, dass ihnen vor allem extreme Vergleiche der israelischen Politik mit dem IS oder auch Nazivergleiche vorgeworfen werden. Solche Vergleiche lehne ich klar ab, sie sind historisch und politisch falsch. Allerdings haben sie das in der Veranstaltung nicht gemacht. Max Blumenthal sagte zu der Kritik, er hätte lediglich in seinen Büchern andere Kritiker zitiert, so zum Beispiel Jeschajahu Leibowitz. Übrigens, auch in Stuttgart fand die Veranstaltung mit den beiden organisiert von Pax Christi unter anderem, statt, ohne öffentliche Skandalisierung.

Weshalb wollen Sie nicht mehr mit ihnen zusammenarbeiten?

Ich war einfach sehr enttäuscht über das Verhalten der beiden, und das Weiterverbreiten der unwürdigen Videoaufnahmen. Dies hat leider auch dem politischen Anliegen sehr geschadet.

Wo ziehen Sie die Grenze zwischen zulässiger Kritik an der Palästina-Politik der israelischen Regierung und Antisemitismus?

Ich finde wichtig zu unterscheiden zwischen Kritik an der Politik der israelischen Regierung und der Bevölkerung in Israel. Pauschale Vorwürfe gegen „Israel“ bedienen schnell Vorurteile und können dann auch anschlussfähig nach rechts sein. Ich warne allerdings vor einem inflationären Gebrauch des Antisemitismus-Vorwurfs, denn auch das geht Gefahr, Antisemitismus insgesamt zu verharmlosen.

Welche Position vertreten Sie selbst zum Nahostkonflikt?

Ich setze mich für eine Zwei-Staaten-Lösung ein, die das Existenzrecht Israels und Palästinas umfasst. Dafür muss endlich die langjährige Besatzung in der Westbank, die Siedlungspolitik und die Vertreibungen der Palästinenser durch die israelische Regierung beendet werden, sonst gibt es bald kein Land mehr für einen palästinensischen Staat. Deshalb braucht es Druck auf die israelische Regierung und Unterstützung der israelischen und palästinensischen Friedenskräfte. Ich setze mich auch für einen Stopp von Rüstungsexporten nach Israel ein. Die Blockade des Gazastreifens muss endlich beendet werden, damit dort der Wiederaufbau nach dem Krieg beginnen kann. Die Raketenangriffe der Hamas sind ebenfalls nicht zu akzeptieren und müssen klar verurteilt werden. Auch in Palästina müssen wir deshalb progressive Kräfte unterstützen, die an einer politischen Lösung interessiert sind.

Sehen Sie in Ihrer Partei antisemitische Strömungen?

Es gibt keine antisemitischen Strömungen in der Partei Die Linke. Rassismus und Antisemitismus zu bekämpfen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir alle haben die Verantwortung, über politische Bildung und Aufklärung dagegen anzugehen. Rassismus und Antisemitismus dürfen keinen Platz in der Linken haben.

Auch der geschäftsführende Landesvorstand ihrer Partei hat Ihr Vorgehen kritisiert, allerdings gleichzeitig die Rücktrittsforderungen gegen Sie und Claudia Haydt als Mitglied des Bundesvorstands zurückgewiesen. Wie soll die innerparteiliche Diskussion jetzt weitergeführt werden?

Ich denke, wenn sich die Wogen gelegt haben, werden wir hoffentlich in einem solidarischen Klima über die Situation im Nahen Osten und politische Lösungsansätze diskutieren, mit Respekt für unterschiedliche Positionen, aber mit einer klaren Ausrichtung auf die Friedensbewegung und die Linke in Israel und Palästina. Aufgrund der jetzigen Eskalation in Israel und den besetzten Gebieten ist dies ja auch dringend notwendig, damit alle Menschen in der Region endlich sicher und menschenwürdig leben können. Auch wir hier in Deutschland haben eine Verantwortung, die Menschen, die sich dort gegen Krieg und Besatzung stellen, nicht alleine zu lassen. Politische Initiativen, wie etwa jetzt im schwedischen, britischen oder spanischen Parlament für eine Anerkennung Palästinas als Staat, müssen wir ernsthaft und solidarisch diskutieren.

Interview mit Renate Angstmann-Koch; erschienen im Schwäbischen Tagblatt /Südwestpresse am 29.11.2014.



Geschäftsstelle

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart. Tel.: 0711-241045, Fax: 0711-241046. info@die-linke-bw.de, www.die-linke-bw.de. Dienstag bis Freitag, 10 Uhr bis 17 Uhr

Landesvorstand

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Landesvorstand, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart.

Geschäftsführender Landesvorstand

Christoph Cornides (Landeschatzmeister), Briefe bitte: c/o DIE LINKE. Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Telefon 0621-331650, Fax 0621-331656, christoph.cornides@die-linke-bw.de. • Sahra Mirow, sahra.mirow@die-linke-bw.de • Barbara Rochlitzer, b.rochlitzer@die-linke-stuttgart.de • Heidi Scharf, heidi.scharf@die-linke-bw.de • Dirk Spöri, dirk.spoeri@die-linke-bw.de • Bernhard Strasdeit (Landeschäftsführung), Telefon: 07071-21534, Mobil: 0171-1268215, Fax: 07071-23946, Mail: strasdeit@die-linke-bw.de

Landesschiedskommission

Landesschiedskommission DIE LINKE, Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart

Spenden und Beiträge

DIE LINKE. Baden-Württemberg Iban: DE58 6001 0070 0289 5827 00, BIC: PBNKDEFF (BLZ 600 100 70, Konto 289582700)

Kreisverbände

Baden-Baden/Rastatt

Beate Schneider, 76530 Baden-Baden, 07221/72845, Mail: bea-schneider@web.de. Norbert Masson, 76477 Elchesheim-Illingen, 07245/6051, Mail: badnerbu@aol.com, Net: www.baden-baden.die-linke-bw.de

Biberach

Uli Widmann, 88491 Riedlingen, 07371/3390, uliwidmann@aol.com, www.die-linke-biberach.de

Bodensee

Regionalbüro Bodensee-Oberschwaben, Wilhelmstraße 31, 88045 Friedrichshafen, Tel.: 07541/6 01 72 44, eMail: detlef.boehnert@dielinke-bodensee.de

Böblingen

Kreisgeschäftsstelle DIE LIN-

KE.Böblingen, Wilhelmstr. 24, 71034 Böblingen, Tel.: 07031/6337773, mail: info@linke-bb.de, www.linke-bb.de

Breisgau/Hochschwarzwald

siehe auch Regionalbüro Freiburg, Mail: vorstand@dielinke-breisgau.de, Net: www.dielinke-breisgau.de

Calw

Hans-J. Drebber, Forststr. 42/1, 75382 Althengstett, Tel.: 07051-3516, Mail: all-pro-handel@web.de

Emmendingen

Alexander Kauz, 79183 Waldkirch, Tel.: 07681-23143, Mail: vorstand@die-linke-emmendingen.de, net: www.die-linke-emmendingen.de

Esslingen

Heinrich Brinker, Telefon: 0171/4239869, Mail: heinrich_brinker@t-online.de, Net: www.die-linke-esslingen.de

Freiburg

DIE LINKE. Freiburg/Regionalbüro, Greiffeneggring 2, 79098 Freiburg, Tel: 0761/29280730, Mail: vorstand@dielinke-freiburg.de, Net: www.dielinke-freiburg.de

Freudenstadt

Über Landesgeschäftsstelle

Göppingen

Thomas Edtmaier, 73033 Göppingen, Tel.: 07161/4019042, Mail: info@edtmaier-home.de

Heidelberg / Badische Bergstraße

Carsten Labudda, Theodor-Heuss-Str. 14, 69469 Weinheim, Tel: 06201/876758; Mail: carsten.labudda@dielinke-kv-heidelberg.de; Net: www.dielinke-kv-heidelberg.de

Heidenheim

Dieter Köhler, Buchhofsteige 28, 89522 Heidenheim a.d. Brenz, Tel.: 07321-955873, Mail: dieter.koehler@voith.com

Heilbronn

Volker Bohn, Maulbronner Straße 4/1, 74336 Brackenheim, 0151-14906528, volker.bohn@die-linke-heilbronn.de Florian Vollert, Amselweg 7, 74189 Weinsberg, 0176-23787711, florian.vollert@dielinke-heilbronn.de

Hohenlohe /Schwäbisch-Hall

Kai Bock, 01726910468, kai.bock@die-linke-sha.de, http://die-linke-sha.de

Karlsruhe

DIE LINKE. Karlsruhe, Schützenstr. 46, 76137 Karlsruhe, Mail: info@dielinke-ka.de, www.dielinke-ka.de, Tel: 0721-35489342

Konstanz

Jürgen Geiger, Kindlebildstr. 10A, 78467 Konstanz, eMail: die-linke-konstanz@gmx.de

Kraichgau-Neckar-Odenwald

Christian Anschütz, Eleonore Ortgies, Gerold Seitz; Tel.: 072616596000 Email: Info@die-Linke-KNO.de Web: www.die-Linke-Kno.de. Postanschrift über: c/o WK-Büro Michael Schlecht, T6 37, 68161 Mannheim

Lörrach

Manfred Jannikoy, Schwarzwaldstraße 21, 79539 Lörrach, Mail: kreisvorstand@dielinke-loerrach.de; Net: www.dielinke-loerrach.de

Ludwigsburg

Sebastian Lucke, Mobil: 0175 564 99 35, Mail: sebastian.lucke@hotmail.de; Web: http://www.ludwigsburg.die-linke-bw.de

Main-Tauber

Rolf Grüning, 97941 Tauberbischofsheim, Tel. 09341-600366, Mail: rechtsanwalt-Gruening@t-online.de

Mannheim

Kreisverband Mannheim, T6, 37, 68161 Mannheim, Tel: 0621-1227218 (mit AB) • Thomas Trüper, Am Brunnengarten 24, 68169 Mannheim, Tel.: 0621-306216, Mail: ttrueper@aol.com. • Elli Brinkschulte, Tel.: 0621/1227218, eMail: elli.brinkschulte@dielinke-ma.de

Ortenau

Markus Widera, 77716 Haslach i.K., Tel.: 0162-2420331, Mail: markus.widera@dielinke-ortenaue.de

Ostalb

Christa Klink, 73434 Aalen, 07361/41743, klink.christa@t-online.de

Pforzheim

Claus Spohn, claus.spohn@online.de, www.die-linke-pforzheim.de

Ravensburg

Michael Konieczny, Webergasse 9, 88299 Leutkirch, Tel.: 0162-1332334, Mail: m_konie@web.de, www.die-linke-ravensburg.de

Rems-Murr

Reinhard Neudorfer, Telefon: (07151) 5 48 06; Mail: reinhard.neudorfer@die-linke-rem-murr.de. Net:http://linke-bw.de/kv-rem-murr/

Reutlingen

Petra Braun-Seitz, 72768 Reutlingen, Tel.: 07121-600289, eMail: p.braun-seitz@t-online.de • Rüdiger Weckmann, 72764 Reutlingen, Tel.: 07121- 44792, eMail: weckmann@kabelbw.de

Rhein-Hardt

Heinrich Stürtz, Tel. 06221/6738478, h.l.stuertzt@gmx.net, www.die-linke-rhein-hardt.de

Schwarzwald-Baar-Heuberg

Enikő Riek-Nagy, Rottweil,

Paul Wachter, Tuttlingen, Tel.: 07461-6558, Mail: vorstand@die-linke-schwarzwald.de, net: www.die-linke-schwarzwald.de

Sigmaringen

Über Landesgeschäftsstelle

Stuttgart

DIE LINKE. Kreisverband Stuttgart, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel.: 0711-72236848, Fax 0711-72236849, eMail: info@die-linke-stuttgart.de;

Tübingen

Die Linke KV Tübingen, Am Lustnauer Tor 4, 72074 Tübingen. Tel.: 07071-208811. Info@die-linke-tuebingen.de. www.die-linke-tuebingen.de

Ulm / Alb-Donau

Regionalbüro Ost-Württemberg, Lindenstr. 27, 89077 Ulm. Tel.: 0731-3988823, Fax 0731-3988824, eMail: buero-ulm@dielinke-bw.de

Waldshut

Paul Barrois, 79733 Görwihl, Tel.: 07754- 929243, paul.barrois@web.de

Zollernalb

Über Landesgeschäftsstelle Stuttgart

Zusammenschlüsse

LAG Antikapitalistische Linke

AKL, Werner Ott, w.ott@dielinke-stuttgart.de

LAG Antifa

Reinhard Neudorfer, 07151-54806, ckramerneudorfer@onlinehome.de

LAG Betrieb und Gewerkschaften

Stefan Dreher, 0162-2352964, mail@stefandreher.de

LAG Bildung

Erhard Korn, lag-bildung@kabelbw.de

LAG Bürgerrechte und Demokratie

Dr. Edgar Wunder, 0151-22671258, mail@edgarwunder.de

LAG Forum Demokratischer Sozialismus

Marco Radojevic, Sierenmoosstr. 1, 78464 Konstanz, Tel. 01523 434 7561, Mail: marco.radojevic@gmx.de.

LAG Frieden

Thomas Haschke, 0711-81477965, thomas.haschke@gmx.de

LAG Frauen

Susanne Weiß, susannegweiss@gmail.com

LAG Gesundheit und Soziales

Prof. Dr. Lothar Schuchmann, 0761-131516, lothar_schuchmann@gmx.de

LAG Grundeinkommen

Eva-Maria Glathe-Braun, evama-

ria_glathe@gmx.de

LAG Kommunistische Plattform

Renata Eckhoff, 07331-66520, renata.eckhoff@t-online.de

LAG Linke Unternehmer/innen

Volker Bohn, 0151-14906528, volker.bohn@dielinkeunterland.de

LAG Ökologische Plattform

Wolfgang Kämmerer, mail@wolfgangkaemmerer.de

LAG Queer

Christian Stähle, 0171-9181900, Stadtrat-Staehle@gmx.de

LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik

Gotthilf Lorch, 07071-369783, gotthilf.lorch@amici-tue.de

**Hochschulgruppen
DIE LINKE.SDS**

Freiburg: jt.meier@gmx.de • Heidelberg: www.sds-heidelberg.de • Karlsruhe: die-linke@usta.de • Konstanz: rykenkratzer@hotmail.com • Ludwigsburg: urdenc@gmail.com • Mannheim: sds@dielinke-ma.de • Tübingen: www.solid-sds.de

Linksjugend [‘solid]

Linksjugend [‘solid] Landesgeschäftsstelle Schützenstr. 46, 76137 Karlsruhe, Tel: 0721-35489341, info@solid-bw.de, www.solid-bw.de

**Bundestags-
abgeordnete**

**Regionalbüro
Ostwürttemberg**

Gartenstr. 74, 73431 Aalen

Wahlkreisbüro Heike Hänsel

Tübingen: Linkes Forum, Am Lustnauer Tor 4, 72074 Tübingen, Tel. 07071-208810, Fax: 07071-208812, heike.haensel@wk.bundestag.de, www.heikehaensel.de • Regionalbüro Ost-Württemberg, Lindenstr. 27, 89077 Ulm. Tel.: 0731-3988823, Fax 0731-3988824, ulm@heikehaensel.de

Wahlkreisbüro Karin Binder

Schützenstr. 46, 76137 Karlsruhe. Tel: (0721) 3548 575 (mit AB), Fax: (0721) 3548 9396. Mail: karin.binder@wk.bundestag.de, www.karin-binder.de • Regionalbüro Freiburg, Greiffenegggring 2, 79098 Freiburg, Tel: 0761-292807301, gregor.mohlberg@die-linke-bw.de

**Wahlkreisbüro Michael
Schlecht**

T6 37, 68161 Mannheim, Tel. (0621) 401713-7, Fax: (0621) 401713-9, michael.schlecht@wk2.bundestag.de, www.michael-schlecht.net Stuttgart Bürgerbüro, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart; michael.

schlecht@wk.bundestag.de

**Wahlkreisbüro Annette
Groth**

Wilhelmstr. 31, 88045 Friedrichshafen, Tel.: 07541/6 01 72 43, Tel.: 07541/6 01 72 44, annette.groth.wk@bundestag.de

**Wahlkreisbüro Richard
Pitterle**

Wilhelmstr. 24, 71034 Böblingen, Tel. (07031) 8184868, Fax: (07031) 8184869, richard.pitterle@wk.bundestag.de, www.richard-pitterle.de Regionalbüro Heilbronn, Allee 40, 74072 Heilbronn, Tel. (07131) 8971992, Fax: (07131) 8971993, richard.pitterle@wk2.bundestag.de

Kommunalmandate

Aufgeführt sind die alle bekannten Mandatsträger/innen, die Mitglieder der LINKEN sind oder über (Bündnis-)Listen der LINKEN gewählt wurden.

**Regionalversammlung
Stuttgart**

Wolfgang Hoepfner (Wolfgang.Hoepfner@region-stuttgart.org), Friedhelm Hoffmann (Friedhelm.Hoffmann@region-stuttgart.org), Christoph Ozasek (Christoph.Ozasek@region-stuttgart.org), Peter Rauscher (p.rauscher@ntz.de)

Kreistage

BIBERACH: Ulrich Widmann (ulwidmann@aol.com); **BÖBLINGEN:** Markus Arnold (markus.arnold.bb@gmx.de), Norbert Fübinger (nfuessinger@web.de), Brigitte Ostmeyer (brigitte.ostmeyer@die-linke.de); **BODENSEE:** Roberto Salerno (roberto.salerno@gmx.de), Roland Biniossek (roland.biniossek@arcor.de); **ESSLINGEN:** Peter Rauscher (p.rauscher@ntz.de), Jochen Findeisen (attachnt@yahoo.de), Reinhold Riedel (reinhold.riedel@tele2.de); **GÖPPINGEN:** Christian Staehle (Stadtrat-Staehle@gmx.de); **HEIDENHEIM,** Horst Mack (horst.mack@linke-heidenheim.de); **HEILBRONN:** Johannes Müllerschön (johmuellerschoen@nexgo), Florian Vollert (florian.vollert@gmx.de); **HOHENLOHE:** Ernst Kern (ernstkern@gmx.de); **KARLSRUHE:** Jürgen Creutzmann (creutzmannjuergen@web.de); **KONSTANZ:** Marco Radojevic (marco.radojevic@gmx.de), Hans-Peter Koch (hpk.kn@t-online.de); **LUDWIGSBURG:** Hans-Jürgen Kemmerle (kemmerle_ludwigsburg@yahoo.de), Peter Schimke (peter.schimke@gmx.de), Walter Kubach (walter.kubach@t-online.de), Annegret Jeziorski (taz_anne2003@yahoo.de); **MAIN-TAUBER:** Rolf Grüning (rechtsanwalt-gruening@t-online.de); **ORTENAU:** Andreas

Kirchgeßner (solylibertad@web.de), Lukas Obwald (lukas.forstarbeiten@gmx.de); **OSTALB:** Veronika Stossun (stossun@online.de), Cynthia Schneider (cynthiaschneider24@gmail.com); **RAVENSBURG:** Till Bastian (t.bastian@klinik-wollmarshoehe.de), Lars Raible (lars.raible@web.de); **REMS-MURR:** Stephan Kober (st.kober@arcor.de), Christian Hinrichsen (christian.hinrichsen@dielinke-rems-murr.de); **REUTLINGEN:** Petra Braun-Seitz (p.braunseitz@t-online.de), Thomas Ziegler (ziegler.rae@gmx.de); **RHEIN-NECKAR:** Edgar Wunder (mail@edgarwunder.de), Carsten Labudda (carsten.labudda@dielinke-rhein-neckar.de), Detlef Gräser (d.graeser@web.de), Mandy Vacklahovsky (vacklahovsky@gmail.com); **TÜBINGEN:** Bernhard Strasdeit (strasdeit@t-online.de), Margit Paal (maggie@lu15.de), Emanuel Peter (emanuelpeter@gmx.de), Gisela Kehrer-Bleicher (kehrer-bleicher@t-online.de); **WALDSHUT:** Norbert Portele (portelegreiner@t-online.de); **ZOLLERNALB:** Andreas Hauser (a.u.t.hauser@t-online.de)

Stadt- und Gemeinderäte

AALEN: Roland Hamm (roland.hamm@gmx.de), Cora Berreth (coraberreth@gmx.de); **BAD SÄCKINGEN:** Angelo de Rosa (2066@freenet.de); **BIBERACH:** Ralph Heidenreich (ralph@ralph-heidenreich.de); **BRACKENHEIM:** Volker Bohn (volker.bohn@dielinke-unterland.de); **BRETTEN:** Hermann Fülberth (h.fuelberth@gmx.de); **BRUCHSAL:** Thurid Feldmann (info@thurid-feldmann.de); **FELLBACH:** Christian Hinrichsen (christian.hinrichsen@dielinke-rems-murr.de); **ESSLINGEN:** Werner Bolzhauser (kulturamrande@kulturamrande.de), Tobias Hardt (tobiashardt@web.de); **FREIBURG:** Michael Moos (michael.moos@linke-liste-freiburg.de), Hendrikk Guzzoni (hst.guzzoni@web.de), Ulrike Schubert (ulmischubert@gmx.de), Lothar Schuchmann (lothar_schuchmann@gmx.de); **FRIEDRICHSHAFEN:** Josef Mayer (seppmayer@buchholz6.de); **GEISLINGEN:** Holger Schrag (holger.schrag@sch-it.de); **GÖPPINGEN:** Christian Staehle (Stadtrat-Staehle@gmx.de), Hüsnüye Yalcinkaya; **HEIDELBERG:** Sahra Mirow (sahramirow@googlemail.com), Bernd Zieger (ziegerb@t-online.de); **HEIDENHEIM,** Horst Mack (horst.mack@linke-heidenheim.de), Norbert Fandrich (lisa.fandrich@t-online.de); **HEILBRONN:** Bettina Michaelis (bttn.michaelis@googlemail.com), Hasso Ehinger (ehinger.hasso@web.de); **KARLSRUHE:** Nikolaos Fostiropoulos (niko@fostiropoulos.de), Sabine Zürn

(sabinez@viacanale.de); **KONSTANZ:** Holger Reile (h.reile@see-moz.de), Anke Andrea Schwede (anke.schwede@polyma.com); **KORNWESTHEIM:** Friedhelm Hoffmann (Friedhelm.Hoffmann@region-stuttgart.org); **LAHR:** Lukas Obwald (lukas.forstarbeiten@gmx.de), Sonja Rehm (sonja.kucha@googlemail.com); **LEONBERG:** Gitte Hutter (lalunahug@web.de); **LÖRRACH:** Mateo Di Prima (m.diprima@web.de); **LUDWIGSBURG:** Oliver Kube (oli.kube@web.de), Claudia Dziubas (claudidz@yahoo.de); **MANNHEIM:** Thomas Trüper (thomas.trueper@mannheim.de), Göky Akbulut (goekyakbulut@gmail.com), Julien Ferrat (julien.ferrat@yahoo.de); **PFORZHEIM:** Claus Spohn (claus.spohn@online.de), Peter Pfeiffelmann (info@dielinke-pforzheim.de); **REUTLINGEN:** Thomas Ziegler (ziegler.rae@gmx.de), Jessica Tatti (jessica.tatti@gmx.de); **ROTTENBURG AM NECKAR:** Emanuel Peter (emanuelpeter@gmx.de), Christian Hörburger (hoer.obernau@t-online.de), **SCHWÄBISCH GEMÜND:** Sebastian Fritz (seba-fritz8@web.de), Hubert Buchstaller (chirurgie-buch@t-online.de), Cynthia Schneider (cynthiaschneider24@gmail.com); **SINDELINGEN:** Richard Pitterle (richard.pitterle@linke-bb.de), Margarete Mohr (peggy_mohr@gmx.de); **SIPPLINGEN:** Manuel Müller (mueller.siplingen@gmx.de); **STUTTGART:** Thomas Adler (tomadler@01019freenet.de), Laura-Zarita Halding-Hoppenreit (lauraskingsclub@aol.com), Christoph Ozasek (Christoph.Ozasek@region-stuttgart.org); **TÜBINGEN:** Gerlinde Strasdeit (strasdeit@t-online.de), Gotthilf Lorch (gotthilf.lorch@amici-tue.de), Gitta Rosenkranz (gh.rosenkranz@googlemail.com), Felix Schreiber (felix.s@hotmail.de); **ÜBERLINGEN:** Monika Behl (monikabehl@gmx.net), Roland Biniossek (roland.biniossek@arcor.de); **ULM:** Uwe Peiker (uwe.peiker@t-online.de), Doris Schiele (dorisschiele@gmx.net); **VAHINGEN AN DER ENZ:** Peter Schimke (peter.schimke@gmx.de) **WEINHEIM:** Carsten Labudda (carsten.labudda@dielinke-rhein-neckar.de), Matthias Hördt (mhoerdt@gmx.net); **WALDSHUT-TIENGEN:** Paul Klahn (paulhklahn@gmx.net)





Forum 1
Gegen Armut in einem
reichen Bundesland



Forum 2
Bildung ohne Auslese
Schule, Hochschule



Forum 3
Regionalverkehr und
Energiewende



Forum 4
Wohnen /
bezahlbare Mieten



Biggi Ostmeyer



Barbara Rochlitzer



Ursula Brandhof



Selin Gören